



Mitteilungen

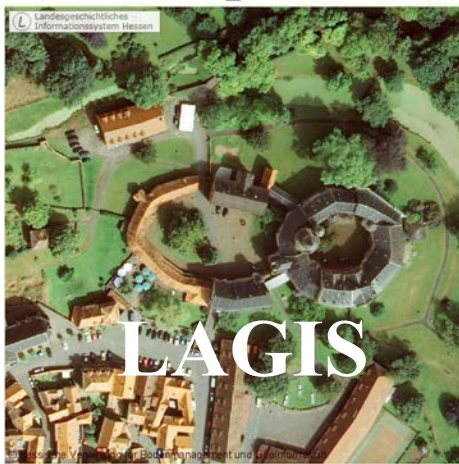
Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum

Heft 41 / März 2011 - ISSN 1610-6415



http://www.lagis-hessen.de/de/mapmaker/wms/gkr/3508547/gkh/5572957/layer/adv_dop1?x=4126y=298

Kartografische Darstellung [Fenster schließen]



LAGIS

Kartenauswahl

Liegenschaftskarte
ATKIS 1:10.000
Orthofoto großer Maßstab
Orthofoto kleiner Maßstab
TK 1:25.000
ATKIS 1:25.000
ATKIS 1:50.000
ATKIS 1:100.000
Übersichtskarte 1:200.000
Übersichtskarte 1:1.000.000
- Wüstungen hervorheben

© Hessische Verwaltung für
Bodenmanagement und Geoinformation
(HVBG). Die Karten unterliegen den
Nutzungsbedingungen der HVBG.
Wir danken der HVBG für die freundliche
Unterstützung.

Fertig



Musik



Kirchenbaulast

Prof. Dr. Siegfried Bauer	
Eine Selbstdarstellung.....	S. 2
Ingrid Vossen	
Ländliche Familienunternehmen	
professionell beraten.....	S. 5
Peter H. Niederelz	
Wirtschaftsmacht EU.....	S. 6
HAL Jugendpreis.....	S. 13
Manfred Stüer, Michael Heib	
Musikerziehung - Die Arbeit	
hessischer Musikschulen.....	S. 14
Barockfestspiele Bad Arolsen 2011...S.	16
Stefan Aumann	
Das Informationssystem LAGIS.....	S. 18

Dr. Bernd Heinz	
Die Entwicklung der Kirchenbaulast im ehe-	
malischen Kurhessischen Gebiet.....	S. 21
Dr. Annegret Boos-Krüger	
Soziale Stadt in hessischen Klein- und Mittel-	
städten des ländlichen Raumes.....	S. 23
Jutta Kochendörfer, Ulrich Stöcker	
Die Ziele sind gut, nun muss die Politik die	
Weichen stellen.....	S. 30
Michael Hadamczik, Gertrud Sahler	
Interview - "Wir kommen voran".....	S. 31
Veranstaltungshinweise, Netzwerk Ländlicher	
Raum 2011 - Schloss Romrod.....	S. 32
Autoren / Impressum.....	S. 34

Sponsoren - Anzeigen

*DVAG - Deutsche Vermögensberatung
Finanzgruppe Hessen-Thüringen
Fraport
Fürstenwalder Betonwerk
Mainova
Nassauische Heimstädte - Wohnstadt
part AG
Remmers
Sparda-Bank
VW Kassel*

**Der neue Vorsitzende der hessischen Akademie der
Forschung und Planung im Ländlichen Raum
(HAL): Eine Selbstdarstellung**

Prof. Dr. Siegfried Bauer



Verschiedene Mitglieder der HAL haben den Wunsch geäußert, mich hier in den HAL Mitteilungen persönlich vorzustellen und Schwerpunkte sowie mögliche Perspektiven für die künftige Arbeit der HAL darzustellen. Ich komme diesem Wunsch gerne nach.

Wurzeln und Ausbildung in Bayern

Ich wurde im Jahre 1949 im Landkreis Schwandorf in Bayern als 5. von 7 Kindern geboren und bin auf dem elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb in einem kleinen Dorf aufgewachsen. Während der Zeit des 8-jährigen Besuchs der damaligen Volksschule waren wir Kinder bereits in die Arbeiten auf dem bäuerlichen Anwesen eingebunden, z. B. durch Melken der Kühe vor Schulbeginn oder durch Mitarbeit bei der Ernte auf Feldern und Wiesen. Nach Abschluss der Volksschule absolvierte ich eine landwirtschaftliche Lehre zunächst auf dem elterlichen Betrieb und dann auf zwei größeren Betrieben in der Nähe von Landshut bzw. Regensburg. Mit dem Abschluss der landwirtschaftlichen Gehilfenprüfung mit 17 Jahren machten mich meine Eltern und Geschwister auf die Möglichkeiten der Weiterbildung aufmerksam und das beflügelte mich.

Auf dem zweiten Bildungsweg

Ich besuchte den sogenannten Vorkurs auf der Ingenieurschule Schönbrunn bei Landshut, um die schulischen Voraussetzungen für den Besuch der Ingenieurschule für Landbau zu erwerben. In diesem einjährigen Kurs konnte ich die mittlere Reife quasi im Crash-Durchgang erwerben. In dieser Zeit wurde ich das erste Mal mit Englisch und naturwissenschaftlichen Grundlagenfächern konfrontiert. Das daran anschließende Ingenieurstudium für Landbau (Vorläufer der heutigen Fachhochschulen) dauerte 3 Jahre.

Während dieser Zeit war ich auf mehreren Auslandspraktiken in England, auch um die englischen Sprachkenntnisse einzuüben und zu vertiefen. Gleichzeitig konnte ich über allgemeinbildende Zusatzkurse die allgemeine Hochschulreife erwerben.

Akademische Bildung

Mit 21 Jahren nahm ich dann die Chance eines Hochschulstudiums wahr. Zunächst an der Technischen Hochschule im damals geteilten Berlin, die wesentliche Inhalte aus dem Ingenieurstudium anerkannte, wodurch in einem Semester das Vordiplom abgeschlossen werden konnte. Ein Großteil der Studenten an den verschiedenen Fakultäten der TU Berlin waren damals Ingenieurschulabsolventen aus „Westdeutschland“. Wie bei vielen dieser Studenten, war auch für mich das Leben in der Großstadt Berlin, auch die unmittelbare Erfahrungen mit der Teilung Deutschland und Berlins ausschlaggebend. Da mein Interesse damals in agrarökonomischer Richtung geprägt und diese Schwerpunktbildung in Berlin nicht mehr angeboten wurde, wechselte ich dann für das Hauptstudium in die „Provinzhauptstadt“ nach Bonn. Neben den agrarökonomischen Hauptfächern, Betriebswirtschaftslehre, Marktlehre und Agrarpolitik legte ich einen Schwerpunkt im Bereich Regionalplanung und Entwicklungsökonomie. Mit 23 Jahren schloss ich das Studium, das ich über den sogenannten zweiten Bildungsweg bestritt, ab. Zwar erhielt ich sowohl während des Ingenieurschulstudiums als auch des Hochschulstudiums ein damals bescheidenes Ausbildungsstipendium (meine Eltern konnten nicht die Ausbildung aller Kinder finanzieren), durch mein Hobby als Gitarrist in einer Band konnte ich meine Finanzen aufbessern.

Auf dem Wege zur Forschung

Da ich mich bereits während meines Studiums vertiefend mit agrarökonomischen und agrarpolitischen Fragen beschäftigte und auch meine Diplomarbeit auf diesem Gebiet anfertigte, bot mir mein späterer Doktorvater eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle mit der Möglichkeit der Promotion im Rahmen des damaligen DFG-Schwerpunktprogramms „Konkurrenzvergleich landwirtschaftlicher Standorte“ an. Diese schloss ich dann im Jahr 1977 mit einer Arbeit über ein quantitatives Agrarsektormodell ab. Während des Studiums und auch der Promotionszeit besuchte ich auch Lehrveranstaltungen an der volkswirtschaftlichen Fakultät und absolvierte das volkswirtschaftliche Vordiplom. Mein Interesse an einer weiterer wissenschaftlicher Vertiefung und Qualifizierung konnte ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bonn fortsetzen. Neben der Forschung sammelte ich auch in der Lehre im Bereich Volkswirtschaftslehre, Agrarsektoranalyse, Regional-

planung und Entwicklungsländerökonomie Erfahrungen. Gleichzeitig bereitete ich meine Habilitationsarbeit vor, die im Jahre 1984 mit der Venia Legendi für Agrarökonomie und Agrarpolitik abgeschlossen wurde.

Eigene Lehr- und Forschungsaktivitäten in Kiel, Bonn und Giessen

Es folgten dann Lehraufträge an der Universität Bonn und Giessen. Von 1985 bis 1987 bekam ich eine Zeitprofessur an der Universität Kiel für Agrarpolitik und Marktlehre. Anschließend kehrte ich wieder an die Universität Bonn zurück, um die Professur für Agrarpolitik und Sektoranalyse wahrzunehmen. Im Jahre 1991 erhielt ich den Ruf auf die Professur für „Projekt- und Regionalplanung im ländlichen Raum“ am damaligen Fachbereich Agrarwissenschaften und Umweltsicherung an der Universität Giessen, die ich bis heute inne habe.

Die Lehrtätigkeit an Universität Giessen beinhaltet die Vertretung des Hauptfaches „Regionalplanung“ in der damaligen Fachrichtung „Umweltsicherung und Entwicklung ländlicher Räume“. Im Einzelnen wurden Veranstaltungen zu Raumnutzungslehre, Methoden der Regionalplanung, Projektmanagement und Regionalpolitik angeboten. Ein wichtiger Bestandteil des Faches war ein sogenanntes praktisches Projektstudium, in dem die Studierenden in Teamarbeit praktische Probleme und Lösungsmöglichkeiten in Umland-gemeinden von Giessen erarbeiten und öffentlich vortragen mussten. Die Themenpalette bei diesem Projektstudium wird dabei mit der Gemeindeverwaltung / dem Bürgermeister abgestimmt und ist breit gestreut. Viele der Themen sind dabei identisch mit den Bereichen, die auch in der HAL bearbeitet wurden und werden. Mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudium hat sich zwar der Zuschnitt der Veranstaltungen geändert, die Inhalte sind jedoch weitgehend identisch.

Der Fachbereich Agrarwissenschaften, Ökotrophologie und Umweltmanagement an der Universität Giessen

Bereits 2002 sind die Diplomstudiengänge auf Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt und der neue Fachbereich Agrarwissenschaft, Ökotrophologie und Umweltmanagement geschaffen worden. Seit 2008 existieren vier eigenständige Bachelorstudiengänge (Agrarwissenschaften, Umweltmanagement, Ökotrophologie und Ernährungswissenschaften) und 10 Masterstudiengänge. Neben Pflanzenproduktion, Tierproduktion, Agrarökonomie, Umweltmanagement und den ernährungs- und haushaltswissenschaftlichen Studiengängen, wird in Zusammenarbeit mit der

Oenologie angeboten. Im Zuge der zunehmenden Internationalisierung sind auch zwei englischsprachige Masterprogramme eingerichtet worden, nämlich „Agrarbiotechnology“ und das fachbereichsübergreifende Programm „Transition Studies“.

Bereits seit 1992 besteht das von Deutschen Akademischen Austauschdienst finanzierte Doktorandenprogramm „Agricultural Economics and Related Sciences“ für Doktoranden mit Masterabschluss aus Entwicklungsländern, das von mir koordiniert und geleitet wird. Im diesem Programm sind derzeit über 25 Doktoranden, vorwiegend aus afrikanischen und asiatischen Ländern. Eine Vielzahl der Ehemaligen nehmen heute Schlüsselpositionen in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft ein.

Vor diesem Hintergrund einige Anmerkungen zur HAL, insbesondere zur künftigen Ausrichtung:

Perspektiven der HAL

Die grundsätzlichen Ziele der HAL sind in der Satzung umfassend beschrieben und können aus meiner Sicht auch weiterhin eine umfassende Grundlage für die künftige Ausrichtung der HAL bilden. Forschung und Planung im ländlichen Raum umfasst naturgemäß eine breites Themenspektrum, das sich auch in den verschiedenen Fachgebieten der Mitglieder der HAL widerspiegelt. Angesichts der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der HAL wird eine enge Zusammenarbeit mit anderen politischen, wissenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Institutionen notwendig sein.

Als Grundsatz für die Ausrichtung der Aktivitäten der HAL sollte meines Erachtens die übergeordnete Zielsetzung stehen, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im ländlichen Raum zu leisten. Dies schließt die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ebenso ein wie die kulturellen und ökologischen Bedingungen für die heutigen und auch für zukünftige Generationen. Als Adressat für entsprechende Aktivitäten kommen alle Akteure im ländlichen Raum in Betracht - von der Landespolitik (eingeschlossen EU und Bundespolitik), über die Regional- und Kommunalpolitik bis zu zivilgesellschaftlichen und privaten Akteuren. Diese Betrachtung schließt natürlich auch die Stadt - Land Verflechtungen ein, die zunehmend die Lebensverhältnisse auch auf dem Lande prägen.

Aktuelle Aktivitäten und Mitwirkung in anderen Gremien

Mit dem Wechsel des Vorsitzenden der HAL wurden zunächst einmal die laufenden Aktivitäten fortgesetzt und gleichzeitig einige neue Impulse gesetzt. Die Möglichkeiten für eigene Forschungsaktivitäten sind aufgrund der finanziellen Engpässe der HAL äußerst

begrenzt, soweit nicht Drittmittel eingeworben werden können. Im Gegensatz zu vergleichbaren Akademien in anderen Bundesländern ist die HAL ausschließlich auf Spenden ihrer ordentlichen und fördernden Mitglieder angewiesen. Dennoch sind derzeit einige Aktivitäten der HAL zu verzeichnen:

- Die HAL wurde Mitglied der Begleitausschusses des EPLR (ELER Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums). Der Vorsitzende hat bereits an mehreren Sitzungen des Begleitausschusses teilgenommen.

- Die HAL wurde Mitglied der Projektgruppe „Vitale Orte“ im Rahmen der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie und nimmt an den entsprechenden Koordination und Arbeitsbesprechungen teil.

- Die HAL wirkt an der ARGE (Arbeitsgemeinschaft der Akademien für ländlichen Raum) mit und engagiert sich aktuell bei Gestaltung des ARGE Seminars „Gemeinden in Finanznot“ anlässlich der Zukunftsforum ländlicher Raum im Rahmen der Internationalen Grünen Woche im Januar 2011.

- Der HAL Arbeitskreis „Integration“ hat sich dank des aktiven Engagement von Frau Thiersch / Marburg etabliert und eine öffentliche Veranstaltungen zum Thema „Beispiele für Integration der Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen im ländlichen Gemeinwesen“ am 16. Sept. 2010 organisiert. Wir wünschen diesem HAL Arbeitskreis weiterhin viel Erfolg.

- Die HAL Arbeitskreise „Gebäude-Leerstände“ und „Freiraumentwicklung“ konnten leider bisher ihre Arbeit nicht aufnehmen. Es fehlt an der Bereitschaft die Leitung zu übernehmen. Um diese wichtigen Arbeitskreise zu aktivieren, werden interessierte HAL Mitglieder gesucht, die sich zur Leitung und / oder Mitarbeit bereit finden.

- Im Rahmen der Europawoche hat ein Treffen mit Vertretern der Partnerregionen Wiekopolska, Aquitaine, und Emilia Romagna stattgefunden, Dabei ging es um die Konzeption einer regionalen Vergleichsstudie der vier Region. Vorgesehen ist ein mittelfristig angelegtes Projekt. Aus dem Vergleich der Regionen sollen Lehren und Erfahrungen herausgefiltert und für die künftige Gestaltung entwickelt werden.. Dies erfordert jedoch eine finanzielle Unterstützung des Landes und anderer Sponsoren.

- Mit der Gemeinde Weimar / Kreis Marburg wurde ein Projekt von Seiten der Universität und der HAL zur Gemeindeentwicklung und Problemlösung angedacht (Themen: Demographische Entwicklung, Infrastruktur, Gebäudeleerstand, Bauleitplanung, Energiemanage-

ment, Landwirtschaft).

Diese inhaltlichen Aktivitäten bieten den HAL Mitglieder verschiedene Möglichkeiten sich aktiv in die laufende Arbeit einzubringen. Alle HAL Mitglieder sind eingeladen, sich hier zu engagieren bzw. Anregungen über weitere Aktivitäten vorzubringen.

Neben diesen inhaltlichen Aktivitäten steht aktuell die Lösung der räumlichen Unterbringungen des Büros und der Bibliothek (Angliederung an die Universität Giessen) an. Diese Fragen gestalten sich schwieriger als ursprünglich eingeschätzt.

Strategische Entwicklung: Langfristige Ausrichtung

Die Zielsetzungen und Aufgaben der HAL sind in der Satzungen und den einschlägigen Veröffentlichungen (HAL Flyer, ARGE Flyer) umfassend und zukunftsweisend beschreiben. Es seien hier nur stichwortartig erwähnt (§ 3 der Satzung): Erfahrungs- und Informationsaustausch, Zusammenführung der beteiligten Fachgebiete, Förderung der Forschung und Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Fortbildung etc.

Diesen Zielsetzungen der HAL stehen die aktuellen und sich weiter verstärkenden Probleme des ländlichen Raums gegenüber: Auch hier nur einige Stichworte: Abwanderung jüngerer Menschen aus vielen ländlichen Gebieten, Überalterung, Wegfall von Versorgungseinrichtungen für täglichen Bedarf, mangelhafte oder gefährdete Gesundheitsversorgung, Bildung, Sport, Erholung und Kultur, zunehmende Kosten der Infrastrukturversorgung je Einwohner, Strukturwandel der Landwirtschaft und zunehmender Konkurrenzdruck, Veränderungen des Dorfcharakters und der Vitalität von Dörfern, Finanznot ländlicher Gemeinden.

Diesen Problemen stehen aber durchaus auch Chancen für die Entwicklung ländlicher Räume gegenüber, die einzelne Regionen nutzen können, auch wenn man kaum von Patentrezepten für den ländlichen Raum sprechen kann. Stichwortartig seien hier u. a. genannt: Erneuerbare Energien, Biorohstoffe und Bioenergie, Landtourismus, Erholungsaktivitäten, neue Arbeitsplätze durch Nutzung moderner Kommunikationsmedien, Rentnerwohnungen für Leute aus der Stadt, Rehabilitationseinrichtungen auf Bauernhöfen, Natur- und Landschaftspflegeaktivitäten, Denkmalpflege als ländliche Attraktivität.

Diese Auflistungen verdeutlichen, dass hier eben verschiedene Fachdisziplinen in der Forschung und Planung angesprochen sind. Die HAL bietet aufgrund ihrer breiten fachlichen Kompetenz ein adäquates

Forum diese Probleme sachgerecht zu beurteilen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Die mittel- und längerfristige Ausrichtung der HAL sollte sich abzeichnende längerfristige Probleme aufgreifen und darauf bezogen ein inhaltliches Arbeitskonzept entwickeln. Dazu wäre m. E. zweckmäßig auf einer eigens dafür anberaumten Klausurtagung Möglichkeiten und Perspektiven zur inhaltlichen Positionierung der HAL auszuloten. Der Vorstand und der Wissenschaftliche Beirat der HAL sollten dafür konzeptionelle Vorüberlegungen anstellen. Aber auch alle Mitglieder der HAL sind aufgefordert, sich aktiv in die Diskussion über die Zukunft der HAL einzubringen. Die bisherigen Konsultationen mit der hessischen Landesregierung haben eindeutig gezeigt, dass kaum mit einer allgemeinen institutionellen Förderung der HAL zu rechnen ist. Auch vor diesem Hintergrund scheint eine stärkere inhaltliche Fokussierung angebracht, um dann fallweise vergütete Aufträge zu ausgewählten Problem anzunehmen und durch die HAL honoriert zu bearbeiten.

Es bleibt also viel zu tun, packen wir es gemeinsam an!

**Ländliche Familienunternehmen professionell beraten - Tagung über Beratung für den ländlichen Raum in der Evangelischen Akademie, Hofgeismar
Fachforen und Diskussionen**

Ingrid Vossen

Ländliche Familienunternehmen sowie der Bedarf an effektiver und effizienter Beratung im ländlichen Raum standen im Fokus einer gemeinsamen Fachtagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar, des Landesbetriebes Landwirtschaft Hessen (LLH) und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EK-KW). Rund 120 Teilnehmer informierten sich bei Vorträgen und diskutierten über zukünftige Anforderungen an die Beratung. In Fachforen und Workshops wurden methodische und praktische Hilfen vorgestellt. Die Trainer und Referenten setzten sich unter anderem aus Vertretern der EKKW, des LLH und Experten aus den Bereichen Sozial- und Verhaltenswissenschaft, Psychologie sowie dem Beratungswesen zusammen.

Ländliche Familienunternehmen seien nicht mehr länger Selbstläufer. Der demographische Wandel, die Ausdünnung der Infrastruktur und ein sich verschärfender Wettbewerb machten die Diskussion um neue Beratungsansätze notwendig, erklärten die Tagungsleiter Dr. Georg Hofmeister (Evangelische Akademie) und Helmut Ellerbrok-Kubach (LLH) in einem Gespräch über die Hintergründe.

„Die Beratung war bisher stark staatlich organisiert. Jetzt zieht der Staat sich aus der Durchführung, aber auch aus der Finanzierung von Beratungsleistungen mehr und mehr zurück. Die Folge ist, dass private und



Helmut Ellerbrok-Kubach (LLH), Foto: Scharfscheer

behördliche Beratungseinrichtungen daher zunehmend in Konkurrenz zueinander stehen“, stellte Ellerbrok-Kubach fest. „Das erfordert seitens der Beratung verstärkt auch verkäuferische Fertigkeiten, seitens der Kunden wird methodische und fachliche Kompetenz gleichermaßen gefordert (Komplementärberatung).

Neben dem klassischen Fachberater ist zunehmend der Coach gefragt, der gesamtbetriebliche Entwicklungsprozesse unterstützen und begleiten kann. Das muss nicht immer ein und die selbe Person leisten, hier ist Teamwork angesagt. Unabhängig davon brauchen Beratungskunden im landwirtschaftlichen Bereich kompetente Begleitung, um sich in dem dichter werdenden Dschungel von Vorschriften und Auflagen zurecht zu finden. Dies und die gestiegene Erwartung der Kunden an die Beratungskompetenz der Anbieter stelle eine Herausforderung dar. Sie lasse sich unter anderem durch stärkere Vernetzung von Akteuren im ländlichen Raum und den verstärkten Einsatz von methodischem Wissen der Berater bewältigen. Der Berater muss auch die „Unterstützungslandschaft“ gut kennen, um Kunden kompetent weiter verweisen zu können, wenn die eigenen Grenzen erreicht sind. Dazu gehört an erster Stelle die exakte Klärung des Beratungsauftrags, so Ellerbrok-Kubach.

Ellerbrok-Kubach verwies in diesem Zusammenhang nach Dänemark und das Vorgehen im Bereich der Unternehmensberatung im industriellen Bereich. Komplexe Beratungsprozesse werden dort als Projekt organisiert - ein Ansprechpartner sorgt für die Einbindung und Koordinierung der für eine Problemlösung nötigen Kompetenzen.

Als Beispiel für die Bedeutung sachbezogener Lösungen nannte Hofmeister die Frage der Nachfolge in ländlichen Familienunternehmen. Sie gehöre zu den grundlegenden Entscheidungen wie Finanzfragen oder strategische Weichenstellungen und erfordere neben sozialen sowie persönlichen Kompetenzen des Beraters individuelle Beratungsansätze, so Hofmeister. Er zitierte Oberlandeskirchenrat Dr. Eberhard Stock (EK-KW), der im Interview von einem „Lotsen durch den Beratungsdschungel“ sprach. *HNA, 03.11.2010*

Wirtschaftsmacht EU

Die EU ist der stärkste Wirtschaftsraum der Welt und wird es bleiben, wenn es trotz Krisen gelingt, besser als die globale Konkurrenz Innovationsfähigkeit durch Vielfalt zu erhalten und auszubauen.

Peter H. Niederelz

1. Die Europäischen Gemeinschaften Grundlagen, Aufgaben und Ziele

Die Europäische Union (EU) ist als eine der größten historischen und politischen Leistungen der Menschheitsgeschichte nur mit dem Römischen Imperium zu vergleichen. Ihre Entwicklung von den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 bis heute haben selbst die optimistischen Gründer vor 53 Jahren nicht erwartet. Sie ist weit bedeutsamer als die der USA. Allerdings hinkt der Vergleich mit Rom, wenngleich die Gründungsdokumente 1957 auf dem berühmten Capitol in Rom unterzeichnet wurden. Die Europäische Union verfolgt ihre Erweiterung ausschließlich friedlich. Sie ist die Antwort auf die Schrecknisse und Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges und Lösung zur Verhinderung weiterer Kriege in Europa und der Welt.

Dies ist das erste Ziel. Das zweite ist die Förderung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand und das dritte die friedliche Selbstbehauptung eines wirtschaftlich starken geeinten Europas gegenüber den USA, Japan und den aufstrebenden Staaten in Fernost. In Lissabon hat der Rat im Jahr 2000 die Zielvorgabe beschlossen, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Das ist mit dem notwendigen Maß an Courage, Bildungstreben und Entwicklungsdrang zu schaffen.

Nach Artikel 49 des Vertrages der EU kann jeder europäische Staat seinen Beitritt beantragen. Er muss allerdings die Grundsätze von Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht nur auf dem Papier, sondern in der täglichen Praxis achten. Dazu müssen auch demokratische Institutionen vorhanden sein, die eine Beteiligung an der Erreichung der Ziele der EU garantieren. Diese Ziele sind die Wahrung und Förderung der politischen und wirtschaftlichen Union der EU nach Innen und Außen.

Zur Verwirklichung der Einheit im Innern dient unter anderem die regionale Strukturförderung mit speziellen Förderprogrammen, die auch für Innovations- und Forschungsmaßnahmen herangezogen werden können.

Die Hauptorgane der EU, Kommission, Parlament, Gerichtshof und Rat arbeiten trotz Erweiterung von 6 auf gegenwärtig 27 Staaten trotz aller Kritik effizient. Die EU regelt längst nicht alles, aber doch immer mehr in der Gemeinschaft. Auf den Gemeinschafts-Politikfeldern der Zollunion, dem Binnenmarkt, der Wirtschafts- und Währungsunion, der Forschungs- und Umweltpolitik, der Gesundheitspolitik, beim Verbraucherschutz, der Sozial- und Integrationspolitik und Teilen der inneren Sicherheit.

Sie beschließt Verordnungen, die in den Mitgliedsstaaten unmittelbar geltendes Recht sind und Richtlinien, die von den Mitgliedstaaten fristgebunden in jeweiliges nationales Recht umgesetzt werden müssen. Man kann mit Recht sagen, dass das EU-Parlament sich in den vergangenen Jahren bedeutende Kompetenzen auch gegenüber Kommission und Rat erkämpft hat und die EU daher insgesamt demokratischer geworden ist.

Mit dem Ende 2009 endgültig beschlossenen Lissabon-Vertrag hat die EU einen weiteren Schritt vom lockeren Staatenbund hin zum Bundesstaat gemacht. Die Rechte des Parlaments wurden weiter gestärkt. Sie kann auf dieser Grundlage gut beweisen, dass Einigkeit stark macht. Dem Vorwurf der Schwerfälligkeit konnte sie vor allem in der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 wirksam entgegentreten. Zwar ist eine EU-Verfassung noch nicht in Sicht, es wurden aber Vereinfachungsschritte für effizientere Entscheidungsverfahren beschlossen.

Der Vergleich der EU mit dem römischen Imperium hinkt an mehreren Stellen. Mit fast einer halben Milliarde Einwohnern und rund viereinhalb Millionen Quadratkilometer Staatsfläche ist die EU weit größer (*Abb. 1*). Auch ist der EU das Schicksal des Niedergangs nach Jahrhunderten der Blüte nicht vorgezeichnet, wenn es ihr gelingt, immer wieder durch Innovation Wohlstand, Frieden, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit zu stärken und dekadentes Leben von der Substanz zu vermeiden.

Wirtschaftsleistung im Vergleich

Das Welt-Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahr 2007 bei etwa 54,300 Milliarden US-Dollar. Hiervon entfielen mit gut 38.400 Milliarden 70,8 Prozent auf die ökonomisch entwickelten Staaten und mit rund 14.100 Milliarden \$ 70,8 Prozent auf die ökonomisch sich entwickelnden Staaten. 3,3 Prozent, knapp 1.800 Milliarden \$ entfielen auf Süd-Osteuropa und die GUS. Alleine die fünf Staaten mit dem höchsten BIP USA, Japan, Deutschland, China und Großbritannien hatten mit einem Anteil von 27.500 Milliarden \$ einen Anteil von 50,7 Prozent am Welt-Bruttoinlandsprodukt. Die EU liegt mit 16.770 Milliarden \$ weit vor den USA mit 13.816 Milliarden \$.



Abb 1 Die Europäische Union im Jahr 2010, farbig die Mitgliedsstaaten, grau die Staaten, mit denen Verhandlungen über eine eventuelle Aufnahme geführt werden.
Quelle: <http://europa.eu>

Sie liegt auch weit vor dem zusammengefassten asiatischen Raum mit China, Japan und Indien. Europa als Gesamtkontinent bringt es auf 17.589 Milliarden \$ gegenüber Gesamt-Nordamerika mit 15.242 Milliarden \$. Beim BIP pro Kopf liegt die EU (2007) bei 33.884 \$. Es gibt allerdings unter den Mitgliedsstaaten ein großes Gefälle von Luxemburg mit dem höchsten (102.000 \$) und Rumänien mit dem niedrigsten (3.600 \$). Auch beim Pro-Kopf-Einkommen verhält es sich ähnlich. Während die amerikanischen Demokraten sich überwiegend an die EU als neue politische und ökonomische Großmacht gewöhnt haben, passt sie einem Großteil der Republikaner nicht ins politisch-ökonomische Weltbild. Die EU wird mit dem ihr eigenen zurückgenommenen Selbstbewusstsein in der Welt weiterhin an Anerkennung gewinnen.

Ein Erlebnis vor einigen Monaten in Oberägypten belegt anschaulich die Stärke ihrer Währung, des EURO. Ein Mitglied unserer Reisegruppe zog, als es um ein Trinkgeld ging, druckfrische Dollars aus der

Tasche. Als der mit einer Galabeya bekleidete Ägypter sie sah, wehrte er nur ab und sagte: „Lieber Euro - Lieber EURO!“

So gesehen ist „Good old Europe“ wieder Vorreiter. Es möchte seine Errungenschaften nicht mit den Schattenseiten des US-amerikanischen Wirtschaftsmodells eintauschen. Das Netz der sozialen Sicherung ist dort schwach. Ein Sechstel der Bevölkerung ist ohne Gesundheitsversicherung. Niedrige Einkommen verringern dort nicht nur die Ausbildungschancen sondern auch die Lebenserwartung.

Die EU vergleicht sich auch mit den asiatischen Wirtschaftsnationen. Chinas Wirtschaftsleistung legt 2010 gegenüber dem Vorjahr um über 11 Prozent zu, während wir in Europa nur einen leichten Wachstumskurs erwarten. Es ist so wie im richtigen Leben. Man darf die anderen nicht unterschätzen und man muss sich anstrengen, wenn man seine Position behaupten will. Das gilt auch für die EU (Abb. 2, S. 8).

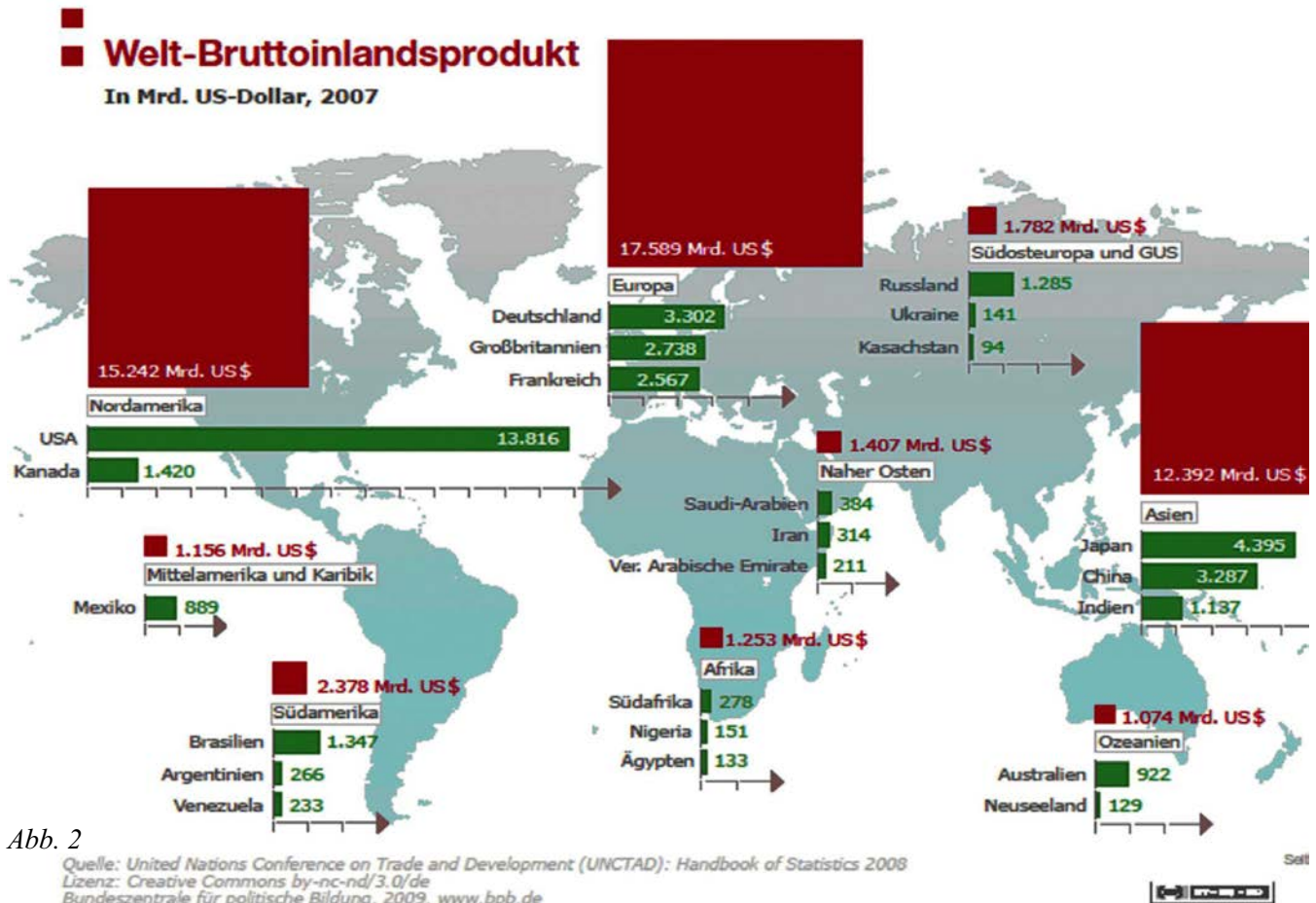


Abb. 2

Nur Forschung und Innovation können den Vorsprung sichern

RP 7 ist die Kurzbezeichnung für das siebte Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung. Dies ist das Hauptinstrument der EU zur Förderung europäischer Forschung und läuft von 2007 bis 2013. Das Budget für diese sieben Jahre beträgt 50,5 Milliarden € und das Euratom-Budget für die nächsten fünf Jahre beträgt 2,7 Milliarden €. Insgesamt stellt dies eine Steigerung um 41% im Vergleich zum RP 6 beim Preisniveau von 2004 und um 63% beim aktuellen Preisniveau dar. RP 7 ist auf den Beschäftigungsbedarf und die Wettbewerbsfähigkeit Europas ausgerichtet. RP 7 unterstützt die Forschung in ausgewählten prioritären Gebieten - Ziel ist es, die EU als weltweit führend auf diesen Gebieten zu etablieren oder zu halten. Woraus besteht RP 7? RP 7 besteht aus vier thematischen Blocks, die vier spezielle Programme bilden, zuzüglich eines fünften Programmes zur Kernforschung:

Zusammenarbeit - Verbundforschung

- Gesundheit
- Lebensmittel, Landwirtschaft und Biotechnologie
- Informations- und Kommunikationstechnologien
- Nanowissenschaften, Nanotechnologien, Werkstoffe und neue Produktionstechnologien
- Energie
- Umwelt (einschließlich Klimaänderung)

- Verkehr (einschließlich Luftfahrt)
- Sozial, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften
- Sicherheit
- Weltraum.

Ideen - Europäischer Forschungsrat

- Maßnahmen zur Pionierforschung

Humanpotenzial, Marie-Curie-Maßnahmen

- Erstausbildung für Forscher - Marie-Curie-Netzwerke
- Lebenslange Ausbildung und Laufbahntwicklung - Einzelstipendien
- Partnerschaften und Wege zwischen Industrie und Hochschule
- Internationale Dimension ein und ausgehende Stipendien, Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit, Stipendien zur Wiedereingliederung
- Preise für herausragende Leistungen

Förderung der Forschungsinfrastruktur

- Forschung zum Vorteil der KMU
- Wissensorientierte Regionen
- Forschungspotenzial
- Wissenschaft in der Gesellschaft
- Unterstützung der kohärenten Entwicklung von Forschungspolitiken
- Spezielle Aktivitäten internationaler Zusammenarbeit
- Fusionsenergie - ITER
- Kernspaltung und Strahlenschutz

Schließlich betreibt die EU selbst sozusagen als Ressortforschungseinrichtung die durch die Übersetzung ins Deutsche ein wenig klein wirkende in Wahrheit mit sieben Standorten und fast 3000 Mitarbeitern aber große Gemeinsame Forschungsstelle (GFS). Die Mittelaufteilung auf die einzelnen Handlungsfelder ist wie folgt (in Mio. EUR):

Zusammenarbeit: 32 365 €

Ideen: 7460 €

Menschen: 4728 €

Kapazitäten: 4217 €

Euratom: 2751 €

GFS: 1751 €

Unter dem Programmpunkt "Zusammenarbeit" wird Forschungshilfe für internationale Kooperationsprojekte innerhalb und außerhalb der Europäischen Union geleistet. In 10 Themenbereichen, die wichtigen Wissenschafts- und Forschungsgebieten entsprechen, wird das Programm den Fortschritt von Wissen und Technologie fördern. Die Forschung wird unterstützt und gestärkt, um sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, gesundheitlichen und industriellen Herausforderungen Europas zu begegnen und damit dem öffentlichen Wohl zu dienen und Entwicklungsländer zu unterstützen.

GESUNDHEIT Budget: 6 Milliarden € (2007 - 2013)

Das Ziel des Gesundheitsforschungsprogrammes ist die Verbesserung der Gesundheit der europäischen Bürger, sowie die Steigerung und Verstärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskapazität der im Gesundheitssektor tätigen europäischen Unternehmen. Auch globale Gesundheitsfragen, wie aufkommende Epidemien, werden dabei berücksichtigt. Die europäische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wird die Entwicklung von Forschungskapazitäten ermöglichen.

Was ist der Nutzen für Bürger: Den Bürgern nutzt europäische Gesundheitsforschung, da deren Schwerpunkt auf folgenden Punkten liegt: Transnationale Forschung (d.h. die Übertragung der Ergebnisse der Grundlagenforschung in klinische Anwendungen), die Entwicklung und Validierung neuer Therapien, Verfahren für Gesundheitsförderung und Prävention einschließlich der Förderung gesunden Alterns, Diagnoseinstrumente und Technologien, sowie nachhaltige und wirksame Gesundheitssysteme.

Die klinische Forschung richtet sich gegen eine Reihe von Erkrankungen wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Infektionskrankheiten, mentale und neurologische Krankheiten, insbesondere solche, die mit dem Altern einhergehen, wie Alzheimer und Parkinson. Durch internationale, parallele Versuche mit der erforderlichen Patientenzahl können neue Medikamente und Behandlungen in einer kürzeren Zeitspanne

entwickelt werden.

Auf dem Gebiet der Forschung tätige KMU (KMU: Kleine und Mittlere Unternehmen) sind die wichtigsten Motoren für Gesundheitsfürsorge, Bio-technologie und Medizintechnik. Eine starke biomedizinische Forschung auf EU-Ebene wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen medizinischen Biotechnologie, der Medizintechnik und der pharmazeutischen Industrie verbessern. Daher muss die EU eine Innovation in öffentlichen und privaten Bereichen zuträgliche Umgebung schaffen.

LEBENSMITTEL, LANDWIRTSCHAFT UND BIOTECHNOLOGIE

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet der nachhaltigen Bewirtschaftung, der Produktion und des Einsatzes biologischer Ressourcen (Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere) bilden die Grundlage für neue, nachhaltige, wirtschaftliche und wettbewerbsfähige Produkte für die Landwirtschaft, die Fischerei, die Lebensmittel, Gesundheits- und Forstindustrie sowie für verwandte Industriezweige. Man erwartet wichtige Beiträge zur Durchführung bestehender und künftiger Strategien und Vorschriften auf dem Gebiet der Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen und des Verbraucherschutzes. Neue erneuerbare Energiequellen werden unter dem Konzept einer europäischen, wissensbasierten Bio-Wirtschaft gefördert werden.

Wissenschaft, Industrie und Gesellschaft werden gemeinschaftlich die sozialen, wirtschaftlichen und umweltbedingten Herausforderungen eines nachhaltigen Umgangs mit biologischen Ressourcen angehen. Sie werden auch Fortschritte in mikrobiologischer, pflanzlicher und tierischer Biotechnologie dazu verwenden, neue, gesündere, ökoeffiziente und wettbewerbsfähige Produkte und Dienste zu entwickeln. Die Fortentwicklung ländlicher- sowie Küstengebiete wird durch einen An Schub der lokalen Wirtschaft unterstützt, bei der Kulturerbe und Kulturvielfalt erhalten bleiben.

Es werden Forschungen zur Sicherheit von Lebens und Futtermittelketten, ernährungsbedingten Krankheiten, Ernährungsgewohnheiten und den Auswirkungen von Nahrungsmitteln auf Ernährung und Gesundheit durchgeführt.

Zu den Forschungstätigkeiten gehören:

- Nachhaltige Erzeugung und Bewirtschaftung biologischer Ressourcen aus Böden, Wäldern und Wasserräumen: Forschungen zu nachhaltigen Produktionssystemen; Pflanzen und Tiererzeugung und Gesundheit; Tierschutz; Fischereien und Aquakulturen einschließlich der Bewirtschaftung und nachhaltigen Nutzung ihrer Artenvielfalt.

- Instrumente zur Implementierung relevanter Strategien, Politiken und Rechtsvorschriften zur Förderung der europäischen wissensbasierten Bio-Wirtschaft.

- Die Integrität und Kontrolle der Lebensmittelkette („Vom Tisch zum Bauernhof“) wird untersucht, und dabei werden Nahrungsmittel, Gesundheit und Wohlergehen behandelt.

- Die Biowissenschaften und die Biotechnologie im Dienst nachhaltiger Non-Food-Produkte und Verfahren werden verbesserte Kultursorten und Forstprodukte entwickeln, Futtermittelbestände, Meerereszeugnisse und Biomasse zur Energieerzeugung, für den Umweltschutz und zum Erhalt von Produkten mit hohem Mehrwert, wie beispielsweise Materialien und Chemikalien. Mehrere europäische Technologieplattformen leisten ihren Beitrag dazu, gemeinsame Forschungsprioritäten in verschiedenen Bereichen zu setzen, wie beispielsweise Lebensmitteltechnologien und verfahren, Pflanzengenomik, Forstwirtschaft, Tiergesundheit und Tierzucht.

Man erwartet von der Schaffung einer europäischen Bio-Wirtschaft, dass diese bahnbrechend für Innovationen und wirksamen Technologietransfer sein wird. Dabei ist das Ziel, alle Industrie und Wirtschaftszweige zusammenzuführen, die biologische Ressourcen erzeugen, bewirtschaften oder auf andere Weise nutzen und dabei auch verwandte Dienste aus der Zuliefer- oder Verbraucherindustrie zu berücksichtigen. Die Maßnahmen entsprechen der europäischen Strategie für Biowissenschaften und Biotechnologie - sie sollen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarwirtschaft, der Biotechnologie und der Saat und Lebensmittelindustrie verbessern, insbesondere der High-Tech-KMU. Dadurch soll letztendlich der gesellschaftliche Wohlstand verbessert werden.

INFORMATIONEN UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN (IKT)

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) spielen eine Schlüsselrolle als Motor für Innovation, Kreativität und Wettbewerbsfähigkeit aller Industrie und Dienstleistungssparten. Wir treten in eine neue Entwicklungsphase ein, die Wachstum und nachhaltige Fortentwicklung für kommende Jahrzehnte antreiben wird; dieses Wachstum erschließt sich uns aber nur, wenn wir jetzt in Forschung und Innovation für künftige Technologien investieren.

IKT eröffnen viele neue Chancen für europäische Bürger und Verbraucher. Es besteht ein reichhaltiges Angebot möglicher Anwendungen, von Leistungen der Gesundheitsfürsorge über Verkehrssysteme zu innovativen, interaktiven Unterhaltungs- und Lernsystemen.

Innovationen im Bereich IKT können der Krankheitsvorsorge und sicheren Pflege nützen, die aktive Mitwirkung von Patienten erleichtern und die Pflege personalisieren. Außerdem können sie Problemen im Zusammenhang mit der alternden Bevölkerung begegnen.

Unter RP7 werden IKT-Forschungsaktivitäten strategische Prioritäten in Bereichen abdecken, in denen Europa industriell und technologisch führend ist, wie beispielsweise bei Kommunikationsnetzwerken, Nanoelektronik und Techniken für audiovisuelle Inhalte.

IKT sind für fast die Hälfte aller Produktivitätssteigerungen der heutigen Wirtschaftszweige verantwortlich. Diese Steigerungen stammen aus der Produktion innovativer, hochwertiger IKT-basierter Produkte und Dienste und aus Verbesserungen der Geschäftsprozesse durch die Durchdringung und Nutzung von IKT in breiten Teilen der Wirtschaft. Bereiche mit hohem Bedarf an IKT sind beispielsweise Fertigung, Automobil, Luft- und Raumfahrt, Pharma, medizinische Geräte, Landwirtschaft und Lebensmittel, sowie Finanzdienste, Medien und Einzelhandel. Zu den von Firmen genannten Vorteilen gehören als Resultat einer gesteigerten Nutzung von IKT schnellere Produktentwicklung, Senkung von Kosten und administrativem Aufwand, schnellere und zuverlässigere Transaktionen, bessere Kunden und Lieferantenbeziehungen, bessere Kundenservicelevel und besserer Support, sowie erweiterte Möglichkeiten für Zusammenarbeit.

NANOWISSENSCHAFTEN, NANOTECHNOLOGIEN, WERKSTOFFE UND NEUE PRODUKTIONSTECHNOLOGIEN

Die Aktivitäten auf dem Gebiet der Nanotechnologien, Werkstoffe und Produktionstechnologien haben hohe sozioökonomische Relevanz. Nanotechnologien ermöglichen neue Lösungen und führen möglicherweise zu einer Leistungssteigerung der gesamten Produktionsbranche und Bereichen von Gesundheit/Medizin und Landwirtschaft.

Das Ziel ist die Erzeugung neuer Materialien und Systeme mit vorbestimmten Eigenschaften und definiertem Verhalten auf der Basis vermehrten Wissens und besserer Erfahrung im Nanobereich. Das führt zu einer neuen Generation von Produkten und Diensten über ein breites Spektrum von Anwendungen unter Minimierung potenzieller negativer Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit. Die Forschung konzentriert sich auf die Entwicklung neuer, multifunktionaler Oberflächen und Werkstoffe mit maßgeschneiderten Eigenschaften und vorhersagbarer Leistung für neue Produkte und Prozesse und deren Reparatur.

ungen auf Umwelt und Gesundheit. Die Forschung konzentriert sich auf die Entwicklung neuer, multifunktionaler Oberflächen und Werkstoffe mit maßgeschneiderten Eigenschaften und vorhersagbarer Leistung für neue Produkte und Prozesse und deren Reparatur.

ENERGIE

Energiesysteme stehen vor großen Herausforderungen. Die Dringlichkeit, adäquate und zeitnahe Lösungen zu erkennen und zu entwickeln wird durch die alarmierenden Tendenzen der globalen Energienachfrage, der Endlichkeit der Erdöl- und Erdgasreserven und die Notwendigkeit gerechtfertigt, die Emission von Treibhausgasen drastisch zu senken. Diese Maßnahmen würden die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels, die schädigende Unbeständigkeit des Erdölpreises (besonders für die stark vom Erdöl abhängige Verkehrsbranche) und die geopolitische Instabilität der Lieferregionen wirksam mildern.

Die Bürger profitieren von der Energieforschung durch preiswertere Energiekosten und durch effizientere Nutzung der Energien unterschiedlicher Quellen. Daher trägt sie dazu bei, die Ursachen des Klimawandels abzuschwächen, wodurch ein allgemeiner Nutzen entsteht. Forscher helfen dabei, das aktuelle Energiesystem in ein nachhaltigeres System umzuwandeln, wodurch es weniger abhängig von importierten Kraftstoffen wird. Das Endresultat wird eine Mischung insbesondere erneuerbarer Energiequellen, Energieträgern und verschmutzungsfreien Quellen sein. Die Energieeffizienz wird mit einer rationelleren Nutzung und Energiespeicherung verstärkt, wodurch zwei drängenden Herausforderungen - Versorgungssicherheit und Klimawandel begegnet wird.

Maßnahmen auf dem Energiesektor umfassen:

- Wasserstoff und Brennstoffzellen
- Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien
- Herstellung von Brennstoffen aus erneuerbaren Energien
- Erneuerbare Energie zu Heiz- und Kühlzwecken
- CO₂-Abscheidung und Lagerung für emissionsfreie Stromerzeugung
- Saubere Kohletechniken
- Intelligente Energienetze
- Energieeffizienz und Energieeinsparung
- Wissen für die energiepolitische Entscheidungsfindung

Europas Industrie ist bei einer Reihe von Energietechnologien weltweit führend und nimmt eine Vorreiterrolle bei modernen Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien wie Biomasse und Windenergie ein. Darüber hinaus steht die EU im Bereich der Tech-

nologien für Stromerzeugung und -verteilung im globalen Wettbewerb und verfügt über starke Forschungskapazitäten im Bereich der Kohlenstoffabscheidung und sequestrierung. Um diese Position zu halten, müssen die europäischen Industrien weiterhin ihre Bemühungen internationaler Zusammenarbeit fortsetzen.

UMWELT (einschließlich Klimaänderungen)

Die Herausforderungen durch die steigenden natürlichen und zivilisationsbedingten Umwelt und Ressourcenbelastungen erfordern einkoordiniertes Vorgehen auf europaweiter und internationaler Ebene. Wir müssen Probleme wie den Klimawandel besser verstehen und besser mit ihnen umgehen.

Es gilt, umweltfreundliche Techniken zu erkennen, um unseren Umgang sowohl mit natürlichen als mit auch vom Menschen geschaffenen Ressourcen zu verbessern. Die Maßnahmen betreffen politische Erfordernisse wie beispielsweise die Nachhaltigkeitsbewertung in verschiedenen Bereichen der EU-Politik, sowie die Begleitung der Klimaschutzmaßnahmen im Anschluss an Kyoto. Ein zukunftsfähiger Umgang mit der Umwelt und ihren Ressourcen erfordert fachübergreifendes und integriertes Forschen, um unser Wissen über die Wechselwirkungen zwischen Klima, Biosphäre, Ökosystemen und menschlichen Tätigkeiten zu fördern. Dies wird uns dabei helfen, neue Umwelttechnologien, -werkzeuge und -dienste zu entwickeln.

VERKEHR

Der Verkehrssektor ist eine der Stärken Europas - der Luftfahrtsektor leistet einen Beitrag von 2,6% zum BIP der EU mit 3,1 Mio. Arbeitsplätzen und auf den Landverkehr entfallen 11% des BIP mit rund 16 Millionen Beschäftigten. Allerdings ist der Verkehr auch für 25% des CO₂-Ausstoßes

der EU verantwortlich. Für die Dauer des RP7 werden mindestens EUR 4 Milliarden EUR für EU-Forschungen ausgegeben, um sichere, "grünere" und "intelligenterere" europäische Verkehrssysteme zum Wohle der Bürger zu entwickeln. Forschungen auf dem Gebiet der Verkehrsbranche werden auch einen direkten Einfluss auf wichtige Bereiche wie Handel, Wettbewerb, Beschäftigung, Umwelt, Energie, Sicherheit und den internationalen Markt haben. Die Notwendigkeit für neue Verkehrsnetze und Infrastrukturen in Europa steigt und ebenso die Entwicklungskosten. Die Entwicklung auf europäischer Ebene kann nur Realität werden, wenn die verschiedenen FTE-Anbieter gemeinsame Tätigkeiten durchführen.

Es ist unbedingt erforderlich, die bestehenden politischen, technischen und sozioökonomischen Herausforderungen auf kostenwirksame Weise anzugehen und

der Zukunft, nach Interoperabilität und Intermodalität, besonders im Hinblick auf Schifffahrt und Schienenverkehr, nachzugehen. Außerdem werden in Entwicklung befindliche Technologien zur Unterstützung des Galileo- Systems und seiner Anwendungen für die Umsetzung europäischer Politik ebenfalls maßgebend sein. Investition in Verkehrsforschung ist nötig, um den technologischen Vorsprung der europäischen Verkehrsindustrie und damit die globale Wettbewerbsfähigkeit zu wahren.

SOZIAL, WIRTSCHAFTS UND GEISTESWISSENSCHAFTEN

Europa ist mit einer Reihe sozialer und wirtschaftlicher Herausforderungen konfrontiert. Daher ist es wichtig, diese besser zu verstehen und wirksam durch den Entwurf geeigneter Politiken anzugehen. Die lange Tradition Europas auf diesem Gebiet in Verbindung mit den unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ansätzen, bieten eine einzigartige Chance zur Durchführung dieses Forschungstyps auf EU-Ebene.

Während des RP7 werden Forschungen in den Sozial und Wirtschaftswissenschaften und den Geisteswissenschaften Fragen und Antworten nachgehen, die aus folgenden Bereichen stammen: demographischer Wandel und Lebensqualität, Bildung und Beruf im Hinblick auf aktuelle wirtschaftliche Trends; globale Verflechtung und Wissenstransfer; Wohlergehen der Demokratien und politische Anteilnahme; kulturelle Vielfalt und Werte.

Die Verbindung zwischen Forschung und Politik wird gewahrt, indem darauf geachtet wird, dass die untersuchten Fragen einen hohen Stellenwert auf EU-Ebene haben und Gegenstand der EU-Politik sind. Tatsächlich hat die Forschung auf EU-Ebene besondere Vorteile, da eine europaweite Datenerhebung möglich ist, die für das Verständnis komplexer Fragen erforderlich ist.

SICHERHEIT

Sicherheit ist für Europa eine Voraussetzung für Wohlstand und Freiheit. Der Bedarf für eine umfassende Sicherheitsstrategie, die sowohl zivile Sicherheitsmaßnahmen als auch Verteidigungsmaßnahmen einbezieht, muss gedeckt werden. Wir müssen in Wissen investieren und neue Techniken entwickeln, um unsere Bürger gegen Bedrohungen wie Terrorismus, Naturkatastrophen und Kriminalität zu schützen und gleichzeitig die Privatsphäre und Grundrechte zu respektieren.

Für die Dauer des RP7 wird sich die von der EU geförderte Forschung mit Themen befassen, die einen Bezug zur inneren Sicherheit haben (Anti-Terror und Krisen-Management) und zu zahlreichen Themen der EU-Politik, wie Verkehr, Mobilität, Katastrophen-

schutz, Energie, Umwelt und Gesundheit beitragen. Durch Zusammenarbeit und Abstimmung auf europäischer Ebene kann die EU Risiken besser verstehen, die sich aus der in dauerndem Wandel befindlichen Welt ergeben und auf diese eingehen.

Im Verlauf des RP7 werden folgende Forschungsbereiche behandelt:

- Die Sicherheit der Bürger (technische Lösungen für den Katastrophenschutz, Bio-Sicherheit, Schutz gegen Kriminalität und Terrorismus)
- Sicherheit von Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen (Analyse und Sicherung von Infrastrukturen auf Gebieten wie IKT, Verkehr, Energie, Finanz und Verwaltungsdienste)
- Intelligente Überwachung und Grenzschutz (Technologien, Geräte, Werkzeuge und Methoden zum Schutz der europäischen Grenzen, wie der Land und Seegrenzen)
- Wiederherstellung der Sicherheit in Krisensituationen (Technologie und Kommunikation, Koordination bei der Unterstützung ziviler, humanitärer und Rettungseinsätze)
- Integration von Sicherheitssystemen, Vernetzung und Interoperabilität (Datenerfassung zur zivilen Sicherheit, Datenschutz und Nachverfolgbarkeit von Transaktionen)
- Sicherheit und Gesellschaft (Akzeptanz von Sicherheitslösungen, sozioökonomische und kulturelle Sicherheitsaspekte, Ethik und Werte, soziales Umfeld und Sicherheitsempfinden)
- Koordinierung und Strukturierung der Sicherheitsforschung (Koordinierung der europäischen und internationalen Anstrengungen in der Sicherheitsforschung auf dem Gebiet der zivilen, sicherheits- und verteidigungsbezogenen Forschung. Die Sicherheitsforschung wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Sicherheitsindustrie durch Stimulierung der Zusammenarbeit zwischen Anbietern und Nutzern ziviler Sicherheitslösungen verstärken. Durch die aktive Beteiligung der KMU wird es auch zu einer Nachfrage nach den besten intellektuellen und technischen Fähigkeiten in ganz Europa kommen.

WELTRAUM

In den letzten 20 Jahren ist Europa mit Projekten wie Galileo oder der Erdbeobachtung zu einem technischen Vorreiter geworden. Europa hat in die Erforschung des Weltraums mit kostenwirksamen Missionen und gemeinschaftlichen Initiativen investiert und die strategische Rolle der Europäischen Weltraumorganisation in diesem Bereich gesichert.

Vor einiger Zeit hat die EU entschieden, in GMES (Global Monitoring for Environment and Security, Globale Umwelt und Sicherheitsüberwachung) zu investieren, ein Projekt mit einer Schlüsselrolle im Umgang mit den Konsequenzen von Naturkata-

stropfen und Klimaänderungen.

Galileo wird, neben anderen Anwendungen, die Entwicklung des Such-und-Rettungs-Mechanismus (SAR) unterstützen.

Die von der EU geförderte Forschung wird der Entwicklung eines europäischen Raumfahrtprogramms zuträglich sein. Dadurch wiederum werden politische Ziele der Gemeinschaft auf Gebieten wie Landwirtschaft, Umwelt, Fischerei, Transport, Telekommunikation durch Instrumente zur Weltraumbeobachtung oder weltraumgestützte Lösungen unterstützt.

Weltraumgestützte Wissenschaft ist eine wichtige treibende Kraft für neue technische Entwicklungen, die Auswirkungen auf unseren Alltag haben.

Der Weltraum ist ein strategischer Industriebereich für Wachstum, und raumfahrtgestützte Anwendungen liegen vielen wirtschaftlichen und staatlichen Diensten zugrunde. Europäische Firmen - hauptsächlich KMU - sind die Hauptakteure auf dem weltweiten Markt der Satellitenfertigung, Startdiensten, des Satellitenbetriebs

und Downstream-Diensten. Um eine nachhaltig wettbewerbsfähige Industrie zu schaffen, werden neue Technologien benötigt, und die durch RP7 angebotene Förderung verspricht, diese Voraussetzungen zu schaffen.

Diese thematischen Schwerpunkte im größten Handlungsfeld des EU-Forschungsrahmenprogramms bieten die größten Mitwirkungsmöglichkeiten für kleinere und mittelständische Unternehmen, die allerdings auch in den anderen Handlungsfeldern nicht ausgeschlossen sind.

Fazit: „Ohne Fleiß kein Preis!“ Das darf nicht als erhobener Zeigefinger in der Schulzeit der 60er Jahre missverstanden werden. Der Satz ist einfach und klar. Die EU hat alle Chancen ihren Menschen auch im 21. Jahrhundert einen in jeder Hinsicht sicheren Lebensraum zu bieten. Ihre Vielfalt kann ihr nutzen, wenn es gelingt, gemeinsame Stärke in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zu gewinnen und zu festigen.

Die Preisträger des Jugendpreises 2010 der Hessischen Akademie - HAL Jugendpreisverleihung am 17. 09. 2010 für Integration und Europa



*Teilnehmer der Preisverleihung in Wiesbaden im Hessischen Ministerium der Justiz - von vorne links:
Dr. Thomas Wurzel, Geschäftsführer der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, Mitglied des Stiftungsrates der Jugendpreisstiftung der HAL, OM; Staatssekretärin Nicola Beer, Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa; Schulleiterin des Istituto Tecnico Commerciale aus Ravenna, Patrizia Ravagli und die Klassenlehrerin Mirella Pizzolini; Bernd Siefert, Lehrer der Klasse 9a der Oberzent-Schule Beerfelden; Prof. i. R. Dr.- Ing. Heinrich Klose, Vorsitzender der Jugendpreisstiftung; Claudia Canè, Servizio Politiche Europee e Relazioni Internazionali, hessische Partnerregion Emilia-Romagna, Bologna. Foto: Wolfgang Kubat*

Über die Arbeit hessischer Musikschulen sowie der Musikschule Hofgeismar

Manfred Stür

In Hessen wurden im Jahr 2009 rund 85.000 Schüler/innen in Musikschulen unterrichtet. Die Musikschulen des Landkreises Kassel in Bad Karlshafen, Baunatal, Hofgeismar, Söhre-Kaufunger Wald, Vellmar und dem Wolfhager Land erreichten dabei einen rekordverdächtigsten Anteil von zusammen über 6.200 Schülern. Im Verband deutscher Musikschulen in Hessen (VdMH) sind 65 einzelne Musikschulen organisiert. Um das Gütesiegel des Verbandes und des Landes Hessen „Staatlich geförderte Musikschule“ tragen zu dürfen, müssen sich diese Musikschulen an strengen Richtlinien orientieren, die das Angebot, die Ausbildungsstruktur sowie die Qualifikation der Lehrkräfte regeln. Erwähnenswert ist, dass sich die überwiegende Anzahl der Schulen wie zum Beispiel die Musikschule Hofgeismar mit ihren immerhin 1.600 Schüler/innen in Trägerschaft eines eingetragenen Vereines befinden.

Der erste große Fachbereich einer Musikschule ist wie in Hofgeismar der Elementarbereich mit Eltern-Kind Gruppen für die Jüngsten, musikalischer Früherziehung, musikalischer Grundausbildung und Orientierungsstufe. Der zweite ist der große und zentrale Bereich des Instrumentalunterrichtes. Hier finden sich alle gängigen Instrumente, die in verschiedenen Unterrichtsformen vom Einzelunterricht über kleine Gruppen bis zu flexiblen Unterrichtseinheiten angeboten werden. Das Klientel der Musikschulen hat sich im Laufe der Zeit auf sämtliche Altersschichten der Bevölkerung von Kleinstkindern bis zu Senioren ausgedehnt (Abb. 1). Auch die Ausrichtung auf reine Klassik ist längst kein Thema mehr.

Da an Musikschulen eine große Vielfalt an Instrumenten zusammenkommt, liegt es nahe, dass es viele Spielgruppen aus gleichen oder verschiedenen Instrumenten gibt. Dieses gemeinsame Musizieren macht den Großteil des Reizes beim Besuch einer Musikschule aus. So musiziert man z. B. im Orff-Spielkreis, im Blockflötenensemble, in Rock und Jazzband bis hin zum großen Symphonieorchester.



Abb. 1 Schüler unterschiedlicher Altersgruppen an der Musikschule Hofgeismar mit einer Auswahl an Instrumenten, die erlernt werden können.
Foto: Musikschule Hofgeismar

Eine Musikschule muss in der Lage sein, auf jedwede Weiterführung eines musikalischen Ausbildungsweges, ob in der Laienmusik oder im Berufsstudium, vorzubereiten. Dazu gehört die Unterrichtsmöglichkeit in theoretischen Fächern wie Musiktheorie und Gehörbildung.

Unser Bildungssystem baut immer mehr auf ein Zusammengehen verschiedener Bildungseinrichtungen, seitdem die das Lernen fördernde Wirkung des aktiven Musizierens bekannt geworden ist. Längst unterrichten Musikschullehrkräfte in besonderen Projekten auch in allgemeinbildenden Schulen. In Hofgeismar macht dieser Anteil bereits fast ein Drittel der Schulschubstanz aus, was angesichts des Bedarfes an zusätzlich qualifiziertem Personal und den damit verbundenen Kosten eine hohe Belastung bedeutet.

Zertifizierung "Schule mit Schwerpunkt Musik"



Abb. 2 Schüler der Gustav-Heinemann-Schule, Hofgeismar

Foto: GHS

Durch Musik wird die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflusst. Selbständig werden und Selbsterleben beim Üben alleine oder zusammen sind ein großes Plus der musikalischen Bildung, die ein Gegengewicht zur „geballten Macht der Kernfächer“ bildet, so Ministerialrätin Gabriele Vogt bei der Übergabe des Zertifikats in Frankfurt an Lehrer der Gustav-Heinemann-Schule, Hofgeismar. Schüler der Förderstufe, des Real- und Hauptschulzweiges musizieren zusammen mit Instrumentalgruppierungen des Gymnasialzweiges (Abb. 2). Die gute Kooperation der GHS mit der Musikschule Hofgeismar ist eine wichtige Basis des Erfolgs.

Für hessische Schulen besteht die Möglichkeit sich als „Schule mit Schwerpunkt Musik“ zu qualifizieren und vom Kultusministerium ein Zertifikat erhalten, das vier Jahre Förderung bedeutet. Bildungsziele sind Gemeinschaftssinn /-gefühl, soziale Kompetenzen und Disziplin durch gelebte Kultur im Spiel.

Die ausgewählten zertifizierten Schulen verpflichten sich zur Vernetzung und zum Austausch im schulübergreifenden hessischen Arbeitskreis der Musiklehrer im Verband der Schulmusiker (VdS).

Info der Gustav-Heinemann-Schule,

Zusammenfassung HAL Redaktionsleitung

Projekte der Musikschule Bad Karlshafen: Rathauskonzerte - Young Americans als Vermittler von moderner Musik, Tanz und Show

Michael Heib

Seit mehr als 18 Jahren fest etabliert und weit über die Grenzen der Weserberglandregion bekannt und geschätzt, unterhält die Musikschule Bad Karlshafen e.V. eine Kammerkonzertreihe - die Rathauskonzerte (Abb. 3) im Rathaussaal der Stadt Bad Karlshafen.



Foto 3 Gitarrenkonzert im Landgrafensaal der Stadt Bad Karlshafen

Foto: Harald Schmidt

Die Musikschule versteht die Konzertreihe der Rathauskonzerte als Teil ihres Bildungsauftrages, Musik in all ihren Erscheinungsformen einem breiten Publikum zu erschließen. Deshalb sind auch alle Konzerte grundsätzlich eintrittsfrei.

In bislang mehr als 300 Kammerkonzerten finden sich Künstler aus der ganzen Welt in diesem ambitionierten Konzertforum, der Soloviolinabend wechselt mit dem Streichquartett, der Liederabend wird gefolgt vom Orchesterkonzert. Der weltbekannte Solist, eben noch im Gasteig, München oder in der Berliner Philharmonie zu Gast, gibt sich auf der Bühne des historischen Landgrafensaales im Rathaus der Stadt Bad Karlshafen die Hand mit dem Konzertreife-studenten aus Weimar, Frankfurt oder Detmold.

Auch programmatisch sind die Rathauskonzerte nicht festgelegt: Das Avantgardekonzert mit Werken von Künstlern aus der Darmstädter Schule steht gleichberechtigt und selbstständig neben der Winterreise von Schubert, Melodien und UFA-Filmen neben dem Brahms-Trio oder der Violinsonate von Johann Sebastian Bach. Das Publikum ist konzentriert und aufgeschlossen, neugierig und begeisterungsfähig. Es versteht, wie ungewöhnlich ein solch überrasgendes Kulturangebot fern der Metropolen ist.

Alles ist möglich - Kunstprojekte, Malerei und Musik, musikalische Dichterlesungen. Die Bühne ist offen und erlaubt die unmittelbare Begegnung mit der Musik, den Künstlern - Musik zum Anfassen.

Workshops der Young Americans



Foto 4 Young Americans mit Schülern während eines Workshops

Foto www.youngamericans.eu

In vielen Workshop-Städten sind Beobachter aus Bildungsministerien, Schulämtern, Studienseminaren, pädagogischen Fakultäten und den verschiedenen Schulformen eingeladen worden, die Arbeit der Young Americans kennen zu lernen. Die Tour steht unter der Schirmherrschaft des Verbandes Deutscher Musikschulen Hessen. Das Programm ist eine hinreißend lebendige und bunte Revue, eine Mischung aus Gesang und Tanz, Step-Dance, Ballett und Gospelmusic bis hin zu Jazz, Rock, Funk und Soulnummern und deckt die gesamte Bandbreite vom Musical bis hin zum Hip-Hop und Modern-Dance ab. Im Jahr 2010 gab es neben weiteren weltweiten Touren eine Frühjahrestour in der Bundesrepublik Deutschland sowie eine Herbsttour in Deutschland, den Niederlanden, Schweden und Polen. Die Young Americans verfolgen keinerlei politische, religiöse oder weltanschauliche Zwecke und Ziele.

Im Laufe von drei Arbeitstagen studieren die rund 40 jungen Amerikaner mit den Schülergruppen eine komplette Bühnenshow ein und bringen diese am Abend des letzten Workshopstages gemeinsam zur Aufführung. Ziel dieser Arbeit ist es, künstlerische Impulse zu geben und das Vertrauen in eigene kreative Kräfte zu entwickeln. Darüber hinaus werden Teamfähigkeit, interdisziplinäres Denken, Selbstvertrauen und Selbstwertschätzung gefördert. Der Gedanke der interkulturellen Begegnung und die Erweiterung der Sprachkompetenz im Englischen spielen ebenfalls eine herausragende Rolle. Insbesondere jedoch im Bereich der Motivation und neuer Arbeitsformen ist die Arbeit der Young Americans unvergleichlich spannend und richtungsweisend.

Die wesentlichen Lernziele des Workshops sind bereits oben benannt worden. Aus den Erfahrungen der bisherigen Arbeit können wir mit Freude feststellen, dass diese auch erreicht wurden: Generell ist die Workshopzeit als enorme Bereicherung des Schulalltags empfunden worden. Schüler und Lehrer reagierten außerordentlich positiv auf die von den Young Americans gegebenen Impulse. Die Lernatmosphäre und die Zusammenarbeit mit der jugendlichen Lehrgruppe wurden als überaus freudvoll und inspirierend empfunden. An vielen Schulen hat sich in der Folge ein neues Miteinander der Schüler untereinander ergeben, die Atmosphäre an der Schule hat sich gewandelt. Ein neuer gegenseitiger Respekt ist entstanden. Die Lernbereitschaft und das Lernverhalten haben sich positiv verändert. Eine im Auftrag der Senatsverwaltung Berlin durch das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung - DIPF in Frankfurt erstellte Studie belegt die Wirksamkeit der Workshops in eindrucksvoller Weise. An einigen Schulen sind in der direkten Folge der Arbeit mit den Young Americans kreative Initiativen entstanden. Theatergruppen, Tanzensembles, Performancegruppen sind ins Leben gerufen worden. Viele Pädagogen haben ihr Interesse signalisiert, sich im Bereich neuer Arbeitsformen und Motivation weiterbilden zu wollen.

Info Internetseite www.youngamericans.eu
Zusammenfassung HAL Redaktionsleitung

Barock-Festspiele 2011 in Bad Arolsen



Abb 1 Residenzschloss in Bad Arolsen

In der imposanten Architektur des Bad Arolser Schlosses (Abb. 1) finden im Juni 2011 die 26. Barockfestspiele mit einem umfangreichen Begleitprogramm statt. Musik- und Kulturliebhabern bieten renommierte Interpreten und Newcomer aus Italien, den Niederlanden und Deutschland, die der „Alten-Musik-Szene“ der Barockzeit angehören, ein vielfältiges Programm weltlicher und geistlicher Musik der Spitzenklasse.

Das Eröffnungskonzert bestreitet das Ensemble La Risonanza (Abb. 3) mit „Engel und Teufel - Antonio Vivaldi und Alessandro Scarlatti“.



Abb. 2 Eröffnung der Barockfestspiele Bad Arolsen vor dem Residenzschloss - Alle Aufnahmen vom Gäste- und Gesundheitszentrum Bad Arolsen

Weitere Programmpunkte sind der Cellist Jaap ter Linden mit Solosuiten von Bach, das Bläserensemble Capella de la Torre, vier Vokalsolisten unter Leitung der Schalmespielerin Katharina Bäuml mit geistlicher und weltlicher Musik der Renaissance und des Frühbarock sowie das preisgekrönte junge Kölner Ensemble Nel dolce. Die wiederentdeckte „Musikalische Rüstkammer“ mit Leipziger Opernhits und Liedern des 18. Jahrhunderts wird vom Musikwissenschaftler Dr. Michael Maul (Bacharchiv Leipzig) erläutert und vom United Continuo Ensemble (Abb. 4) mit Tenor Jan Kobow interpretiert.

Der Abschluss wird mit einem Dinner im Schloss und dem Solo- und Gruppenkonzert der Londoner Stargeigerin Rachel Podger und dem Orchester Brecon Baroque mit Bach, Telemann und Purcell gestaltet. Die künstlerische Leiterin der Festspiele Prof. Dorothee Oberlinger sowie der Traversflötist Michael Schmidt-Casdorff beteiligen sich als Gastsolisten.

Das Begleitprogramm beinhaltet Führungen mit Dr. Birgit Kümmel durch die Ausstellung im Residenzschloss „Pablo Picasso - Die Malerbücher“, durch die Hofbibliothek mit Prof. Dr. Jürgen Wolf und Susann



Abb. 3 Links: La Risonanza - Abb. 4 Rechts: United Continuo Ensemble



Abb. 4 Brecon Baroque

Enß, eine Themenführung „Skulpturen europäischer Künstler in der ersten Hälfte des 19. Jh. mit Dr. Verena Leuschner im Rauch Museum.

Festspiele vom 21. bis 26. Juni 2011
Karten: 05691 / 801 233
Email: ggz@bad-arolsen.de
Weitere Information im Internet:
www.arolsen-barockfestspiele.de

Zusammenfassung:
HAL Redaktionsleitung



Das Landesgeschichtliche Informationssystem Hessen (LAGIS) Stefan Aumann



Abb. 1 Startseite von LAGIS, Abb. 1 - 8 Stefan Aumann

Das Landesgeschichtliche Informationssystem Hessen (LAGIS) ist ein wissenschaftliches Online-Angebot des Hessischen Landesamts für geschichtliche Landeskunde in Marburg (Abb. 1). Es ermöglicht einen uneingeschränkten Zugang zu einer wachsenden Auswahl historischer und landeskundlicher Themen. Diese werden in Form datenbankgestützter, vielfältig recherchierbarer Module dargeboten. Zu nennen sind beispielhaft das Historische Ortslexikon, die Hessische Biografie (Abb. 2), die Historischen Bilddokumente, die Topografie des Nationalsozialismus in Hessen oder die Regesten der Landgrafen. LAGIS unterscheidet

sich damit grundlegend von Portallösungen im engeren Sinne, die ihren Schwerpunkt im Nachweis externer Informationsangebote haben, aber auch von Ansätzen, bei denen historisch-landeskundliche Themen in handbuch- oder lexikonartiger Form elektronisch aufbereitet werden.

Die einzelnen Module entstehen in enger Kooperation und Abstimmung mit den Fachwissenschaften wie Kunstgeschichte, Mittlere und Neuere Geschichte, Zeitgeschichte, Volkskunde, Bibliotheks- und Archivwissenschaft, Judaistik, Sprachwissenschaft. LAGIS stellt wissenschaftlich gesicherte und zuverlässige Informationen für eine Vielzahl von Nutzenden und Nutzungsansprüchen bereit: für Dienststellen und Einrichtungen des Landes, für Städte und Kommunen, für Forschung, Lehre und Studium, für Schule, Medien und Presse sowie für alle an der Geschichte des Landes interessierten Bürgerinnen und Bürger.

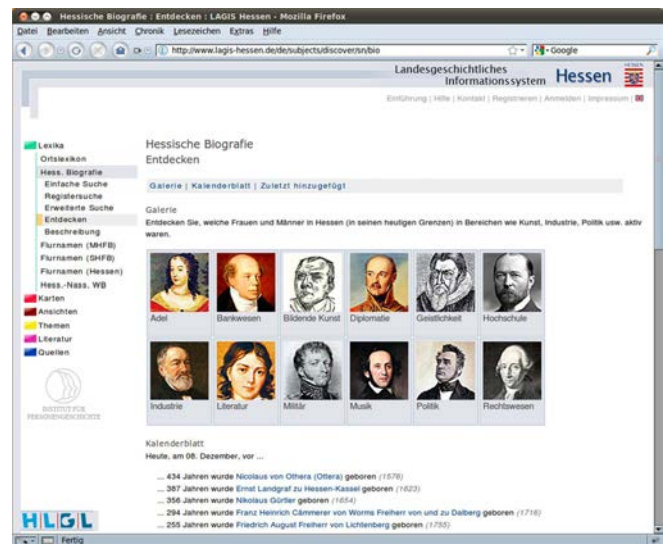


Abb. 2: Hessische Biografie - Entdecken

Mit diesen verschiedenartigen Zielgruppen korrespondieren die unterschiedlichen, für jedes einzelne Modul verfügbaren Recherchemöglichkeiten. Beim Standardzugang über die *Einfache Suche* kommen Technologien zum Einsatz, wie sie auch in Volltext-Suchmaschinen wie Google oder Bing verwendet werden. Die *Registersuche* eröffnet eher explorativ orientierte Zugänge: über alphabetische Indizes etwa von Personen, Orten, Kategorien oder Sachbegriffen dient sie nicht zuletzt der Orientierung über Erschließungskriterien und Ansetzungsformen. Die *Erweiterte Suche* schließlich ermöglicht die Kombination verschiedener Deskriptoren oder den gezielten Einsatz von Filtern, etwa zur zeitlichen Eingrenzung von Informationen. Mit den Möglichkeiten der Erweiterten Suche untermauert LAGIS seinen Anspruch, auch als Forschungsinstrument nutzbar zu sein, das bei der Bearbeitung fachlich einschlägiger Fragestellungen wertvolle Dienste leisten kann. Möchte man etwa Untersuchungen zu Ersterwähnungen von Siedlungen innerhalb bestimmter Zeiträume - z. B. 1000-1250 - vornehmen, so bietet das Formular für die Erweiterte Suche im Ortslexikon ein entsprechendes Feld.

Selbstverständlich ist es möglich, die Suche auf bestimmte Verwaltungseinheiten wie *Ortsteil* oder *Stadt* einzugrenzen, nur einzelne Landkreise zu betrachten oder weitere Faktoren wie die Höhenlage zu berücksichtigen.



HLGL

Abb. 3 Historisches Ortslexikon, Beispiel für eine Datensatzansicht

Eine Besonderheit des Systems ist auch die variable Ergebnisaufbereitung in Abhängigkeit vom jeweiligen Quellen- bzw. Vorlagentyp. Je nachdem, ob in den einzelnen Modulen kartografische, bildliche oder textliche Informationen im Vordergrund stehen, werden die Suchergebnisse mithilfe von Vorschau-Bildern, Registerauszügen, Kurztitellisten oder einer Aufbereitung im Kartenbild präsentiert. Bei der skizzierten Fragestellung im Ortslexikon (Abb. 3 - 5) etwa eröffnet der Link *Suchergebnis im Kartenbild* den Zugang zu einer Hessenkarte, in der die einzelnen Treffer ebenfalls als Links repräsentiert sind. Für alle

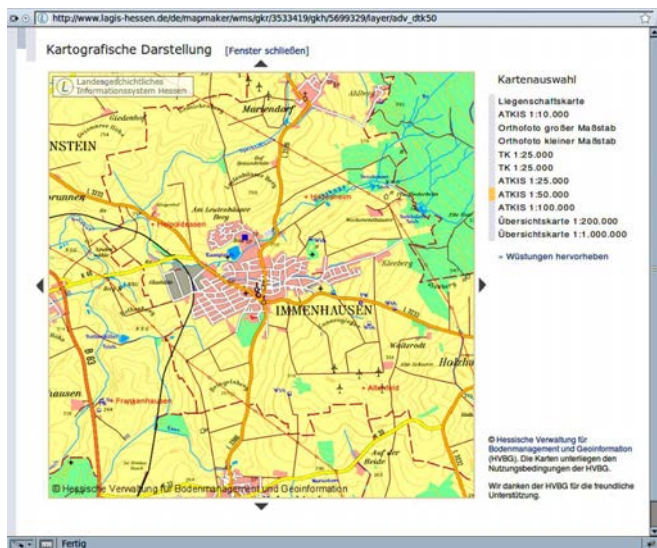


Abb. 4 Historisches Ortslexikon, Schnittstelle zum Geodatendienst der HVBG

Siedlungen im Ortslexikon liegen die geografischen Koordinaten vor. Sie dienen nicht nur der Lokalisierung der Treffer einer Recherche, sondern auch der Nutzung einer Schnittstelle des Web-Map-Service-Geodatendienstes der Hessischen Verwaltung für

Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG), über die Karten und Orthofotos in unterschiedlichen Maßstäben abgerufen werden können. Diese werden mit eigener Fachinformation - am Beispiel des Ortslexikons mit dem Einzeichnen der Lage von Wüstungen - angereichert. Die Abbildung zeigt diese Schnittstelle, in der ein Orthofoto des Schlosses von Büdingen zu sehen ist.

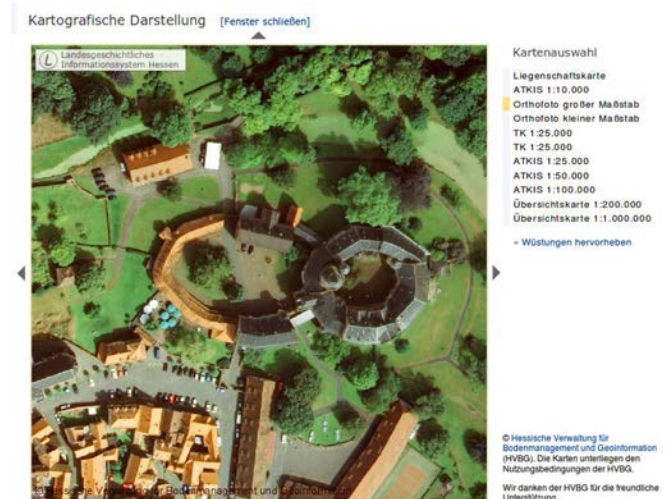


Abb. 5 Historisches Ortslexikon - das Büdinger Schloss im Orthofoto

Ein Informationssystem wie LAGIS wäre undenkbar ohne die sehr guten Kooperationsbeziehungen, die das Hessische Landesamt zu seinen Partnern unterhält. Dazu gehören neben der HVBG die hessischen Staatsarchive, die Landes- und Universitätsbibliotheken, die Historischen Kommissionen, Akademieninstitute, universitäre und außeruniversitäre Forschungs- und Infrastruktureinrichtungen, Museen, Kommunalarchive, Geschichtsvereine, Gedenkstätten und zahlreiche Einzelpersonen. Ein weiteres bedeutendes Element der Vernetzungsbestrebungen im Rahmen von LAGIS ist die aktive Mitwirkung in der Arbeitsgruppe deutscher Regionalportale. Über den fachlichen Austausch hinaus ermöglicht sie wichtige Absprachen hinsichtlich der Nutzung von Normdaten oder der Schaffung von Schnittstellen zwischen den regionalen Portalen bzw. Informationssystemen.



Abb. 6: Topografie des Nationalsozialismus in Hessen

The screenshot shows the LAGIS Hessen website interface. The browser title is "Burgen, Schlösser, Herrenhäuser : Einfache Suche : LAGIS Hessen - Mozilla Firefox". The page header includes "Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen" and navigation links like "Einführung | Hilfe | Kontakt | Angemeldet als Stefan Aumann". The main content area is titled "Burgen, Schlösser, Herrenhäuser" and shows search results for "Burg Freienfels".

Burg Freienfels
Gemarkung Freienfels, Gemeinde Weinbach, Landkreis Limburg-Weilburg

Basisdaten | **Geschichte** | **Bau und Baugeschichte** | **Burgtyp** | **Nachweise** | **Zitierweise** | **Indizes** | **Intern**

Basisdaten ↑
Ortstyp:
Burg
Lage:
Etwa 5 km südwestlich von Weilburg am Unterlauf der Weil auf einem steil abfallenden Sporn.

Geschichte ↑
Burggeschichte:
Früher ging man davon aus, dass die Burg von den Grafen von Nassau um 1200 gegründet wurde. Jüngere Ansichten sehen in der Burg eine Gründung der Grafen von Weillnau um 1300.
1327 im Pfandbesitz von Siegfried von Runkel. Unter dessen Verwandtschaft Ganerbenburg.

Laufzeit:
Anfang 14. Jahrhundert–nach 1685

Besitzgeschichte:
1331 im Besitz Gerlachs von Nassau, der die Burg vermutlich von den Erben Siegfrieds von Runkel erworben hatte.
1355 ging Freienfels nach dem Tod Gerlachs im Rahmen der Teilung an Graf Johann von Nassau-Weilburg
1466 belehnte Philipp II. von Nassau-Weilburg Johann von Schönborn und dessen Sohn mit der Burg. Die Familie von Schönborn bewohnte die Burg als Pfandleihen der Grafen von Nassau bis 1686/7. Valentin von Schönborn versuchte in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts Freienfels aus der Lehnshoheit Nassaus zu lösen und führte diesbezüglich gegen die Grafen von Nassau einen Prozess vor dem Reichskammergericht. Erst 1612 einigte sich Nassau mit Valentins Sohn Georg. 1686 erwarb der kaiserliche Generalwachtmeister und Obrist Johann Ernst von Friesensee die Burg von den Schönborns. Nach seinem Ableben verkaufte die Witwe das Lehen an Graf Karl August von Nassau.

Adel:
Die Burg soll nach früherer Forschungsmeinung um 1200 durch die Grafen von Nassau errichtet worden sein, die jüngere Forschung geht aber mittlerweile davon aus, dass Freienfels um 1300 von den Grafen von Weillnau errichtet wurde. Der Erwerb von Land in der Nähe von Weilburg durch Adolf von Nassau hatte die Grafschaften Nassau und Diez-Weillnau ab 1294 zu direkten Nachbarn gemacht. Im Rahmen der daraus resultierenden Spannungen wurde die Burg errichtet.
1327 kam die Burg als Pfand in den Besitz Siegfrieds von Runkel, welcher den mittleren Teil samt Zubehör seinem Neffen Siegfried überließ. Das Hofgut der Burg lag am anderen Ende des Dorfes, urkundlich ist dieses aber erst seit 1620 greifbar. Der Baumgarten der Burg ist heute noch durch den Flurnamen "Im Bangert" im westlichen Hanggelände oberhalb der Weil nachweisbar. Der Weingarten befand sich nördlich der Burg auf der anderen Seite des Weilltals.
1331 war die Burg im Besitz Gerlachs von Nassau, der sie höchst wahrscheinlich von den Erben Siegfrieds von Runkel

Abb. 7 Beispiel: Burgen, Schlösser, Herrenhäuser

LAGIS wird kontinuierlich weiterentwickelt. Neben horizontalen Erweiterungen des Informationssystems - eine Reihe von Modulen befindet sich in Vorbereitung oder kurz vor der Veröffentlichung - erfolgt auch ein vertikaler Ausbau, etwa durch eine stärkere Integration der Module untereinander, die Implementierung einer facettierten Suche oder die Anbindung externer Informationsangebote über Normdaten. Mit den in Planung und Entwicklung befindlichen Modulen erfolgt zugleich eine stärkere Berücksichtigung zeitgeschichtlicher Themen und Aspekte.

Darüber hinaus erfährt das Historische Ortslexikon maßgebliche Erweiterungen. Um dem Anspruch des Informationssystems, auch als Forschungsinstrument nutzbar zu sein, gerecht werden zu können, werden derzeit vertiefende Informationen zu Städten, Klöstern und Burgen in eigene Module ausgelagert, die sehr viel spezifischere Recherchemöglichkeiten bieten. So wird das *Städte*-Modul für die rund 300 bestehenden und ehemaligen Siedlungen dieses Typs Informationen zu Ersterwähnungen, Fragen der Topografie, zu wirtschaftlichen Aspekten und Bereichen wie Stadtherrschaft, Stadtrecht und Stadtverwaltung bieten. Im Modul *Klöster* werden Angaben zur Entstehung und

Geschichte von rund 400 Klöstern in Hessen gemacht. Berücksichtigt werden Fragen der Ordenszugehörigkeit, der Besitz- und der Baugeschichte. Das Modul liefert Hinweise zu den Umständen der Gründung, zur Diözesanzugehörigkeit bis hin zu den mitunter wechselnden Nutzungsarten der Anlage und zu ihrem heutigen Zustand. Ferner finden sich Angaben zu Archiv- und Bibliotheksbeständen.

Das Modul *Burgen, Schlösser, Herrenhäuser* (Abb. 7, 8) schließlich enthält derzeit Informationen zu rund 1300 Objekten in Hessen. Neben den Basisinformationen (Lage, Koordinaten, Verwaltungszugehörigkeit, Ersterwähnung usw.), die wie bei den Städten und Klöstern auch im Historischen Ortslexikon zu finden sind, werden nach Möglichkeit Angaben zur Geschichte der Burg, zur Baugeschichte und zur Baubeschreibung gemacht. Das Modul bietet Informationen zu den Besitzverhältnissen, zur Nutzung der Anlage und ihrer Funktion und zu ihrem heutigen Zustand. Auch werden Hinweise auf archäologische Untersuchungen und Funde gegeben. Allen genannten Vertiefungsmodulen gemeinsam ist die Anreicherung mit aktuellen und historischen Fotografien und An-

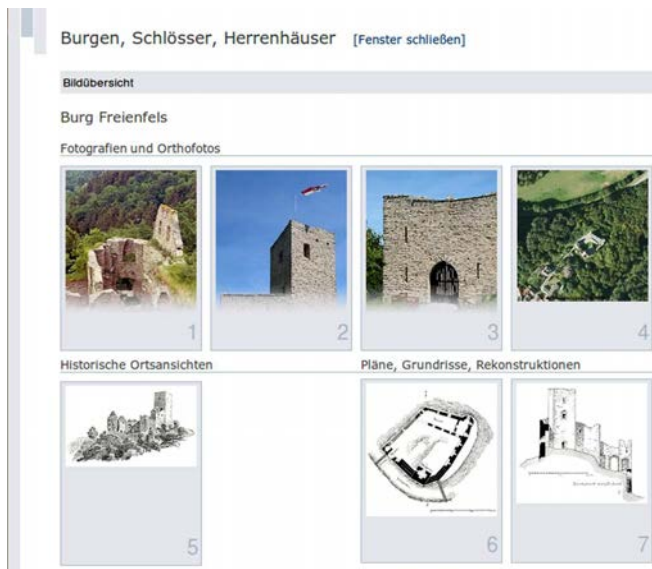


Abb. 8 Beispiel 2 Burgen, Schlösser, Herrenhäuser

sichten, Orthofotos, Lageplänen und Rekonstruktionszeichnungen. Quellen- und Literaturhinweise sowie Weblinks zu externen Angeboten ergänzen die zu einzelnen Objekten bzw. Siedlungstypen präsentierten Daten. Eine Veröffentlichung ist für 2011 vorgesehen.

Die Entwicklung der Kirchenbaulast im ehemaligen Kurhessischen Gebiet

Wie kirchliche Baulasten zu kommunalen Dauerlasten wurden

Dr. Bernd Heinz

Um manchen Forderungen durch die staatliche Gesetzgebung nachzukommen, fehlten den Gemeinden im ländlichen Raum im 19. Jahrhundert oftmals die finanziellen Mittel. In vielen Berichten der Landräte ist offen von der „Armut“ der Gemeinden die Rede, wenn sie nicht einmal in der Lage waren, ein Schulgebäude zu bauen. Noch schwieriger wurde es, wenn Leistungen zum Kirchenbau gefordert wurden. Zudem waren den Gemeinden solche Forderungen unverständlich, denn diese sollten auf alten Gesetzen beruhen, aus denen ein „Herkommen“ abgeleitet werden könnte. Kaum eine Gemeinde trat dazu ernsthaft in Widerspruch, ohne sich über die Konsequenzen dieser Unterlassung im Klaren zu sein. Aber damit verstrickten sich die Gemeinden in eine dauerhafte Verpflichtung zur baulichen Unterhaltung der kirchlichen Gebäude, was auch die Pfarrhäuser und deren Nebengebäude mit einschloss.

Die Regelung der Kirchenbaulasten folgte während der vergangenen Jahrhunderte der kirchlichen Gesetzgebung. Die oberste Kirchenverwaltung, in Kurhessen das Evangelische Konsistorium, befand darüber, wie die Finanzierung eines Kirchenbaus zu gestalten war. Besondere Regelungen gab es bei Patronat- und

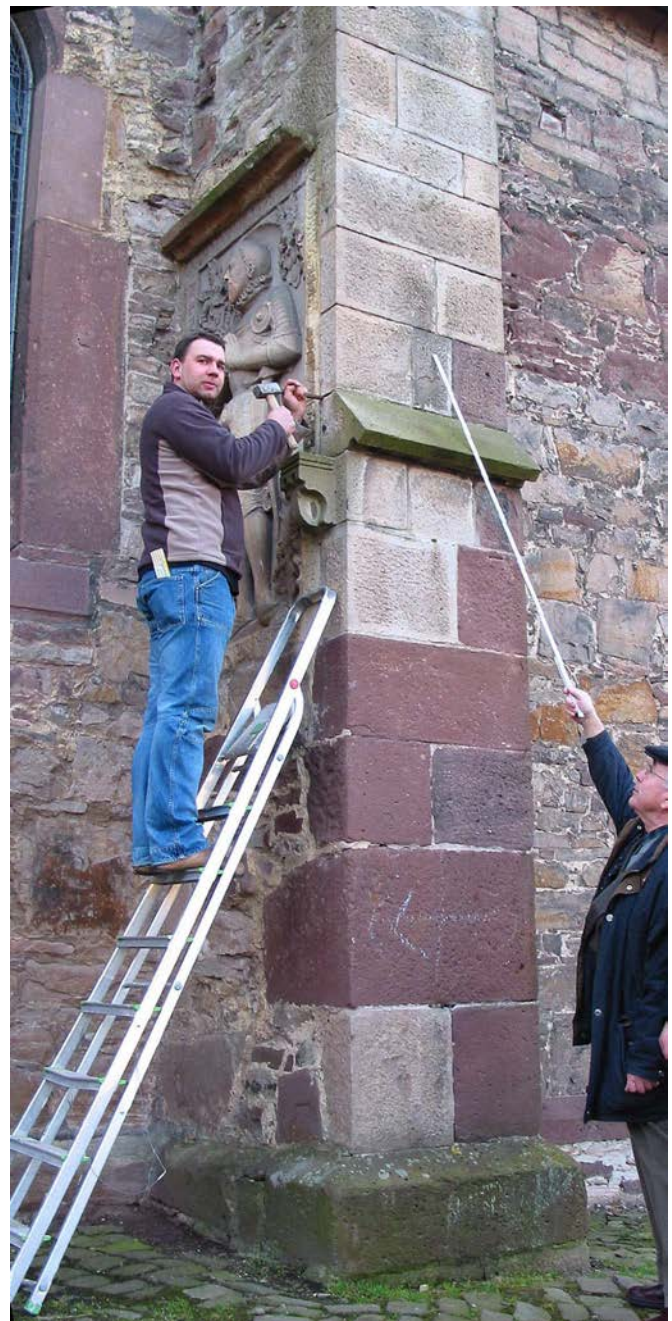


Abb. 1 Umfangreiche Bauarbeiten fanden in den letzten Jahren an Turm, Dach und Mauerwerk der gotischen Kirche in Trendelburg durch die Dombauhütte Naumburg statt. Fotos 1 - 3 Harald Schmidt

Klosterkirchen oder Stiftungen. Da über die Jahrhunderte der Kirchenbau zunahm, wurde die Frage nach der künftigen baulichen Erhaltung der Gebäude zunehmend bedeutender.

Vor einigen Jahrhunderten waren Vermögen und Einkünfte der Kirche so umfassend, dass genügend Mittel für Instandsetzungen an kirchlichen Gebäuden vorhanden waren. Nach den älteren Kirchengesetzen wurden alle Einkünfte für Klerus, Kirchenbau, Bischof (Landeskirche) und zuletzt die Armen verwendet. Späterhin verschwanden die Armen aus dieser Aufteilung, die Ausgaben für den Kirchenbau wurden erheblich eingeschränkt und der Klerus führte eine gesonderte Rechnung. Für den Kirchenbau sollten nur noch Mittel aus Schenkungen und Vermächtnissen



Abb. 2 Sankt Familia an der Kölnischen Straße in Kassel - die neoromanische Kirche der kath. Gemeinde wurde im 2. Weltkrieg zerstört und wieder aufgebaut.

geleistet werden. Falls entsprechende Mittel nicht vorhanden waren, sollten die „Parochianen“ (die Mitglieder der Kirchengemeinde) die Kosten tragen.

Da weder die Bürger noch ihre Vertreter über interne Veränderungen der Kirchengesetze unterrichtet wurden, bemerkten sie zunächst nichts von ihrer Belastung durch die finanzielle Verpflichtung an den kirchlichen Gebäuden. Aus den Kirchengesetzen war auch nicht zu entnehmen, dass man künftig kommunale Mittel für die kirchlichen Gebäude fordern würde, denn dort war nur von einer Verpflichtung der Kirchengemeinde die Rede. Um diese Verpflichtung der Kirchengemeinde in eine herkömmliche Verpflichtung der Kommunen zu verwandeln, bedurfte es eines Umweges. Dieser lag in den „Ausführungsbestimmungen“ der Kirchengesetze. Danach hatte nämlich der Bürgermeister die Pflicht, die einzelnen Leistungen der Mitglieder der Kirchengemeinde zum Kirchenbau „beizutreiben“ oder die Mittel „direkt“ aus der Gemeindekasse zu nehmen. Da sich ein Bürgermeister mit Sondererhebungen in der Gemeinde aber nur unbeliebt machen konnte, neigten die meisten dazu, lieber die Mittel aus der Gemeindekasse zu nehmen. Das ging solange gut, wie entsprechende Mittel in den Kassen waren, fehlten diese aber, fragte man natürlich nach kirchlichen Mitteln. Auf diesem Wege wurden die Bürgermeister dann schon zu Bittstellern bei der Kirche. Sollten nun tatsächlich Zahlungen aus der Kirchenkasse erfolgen,

mussten diese dann auch den Umweg über die politische Gemeinde nehmen und wurden deshalb ausdrücklich mit dem Zusatz vermerkt, dass man hiermit lediglich die politische Gemeinde unterstütze, ihrer Baulastpflicht nachzukommen. Mit entsprechenden Vorgängen füllten die kirchlichen Behörden dann ihre Kirchenbauakten und sammelten gewissermaßen Nachweise für künftige Forderungen.

Es dauerte gewöhnlich viele Jahre, bis eine größere Baumaßnahme an einer Kirche erfolgte. Wenn dann eine solche notwendige Baumaßnahme anstand, nahmen die kirchlichen Behörden Einfluss darauf, dass eine gemeinsame Finanzierung vonseiten der Kommunen und der Kirche ohne grundsätzliche Auseinandersetzungen zustande kam. Die damit verbundene vermehrte finanzielle Belastung der Kommunen blieb somit unbemerkt. Nach der Einführung der Kirchensteuer durch die „Weimarer Reichsverfassung“ war man der Auffassung, dass die Kirche nun damit ihre eigenen Angelegenheiten für sich regelt, da ihr dazu auch noch staatlich geholfen wurde. Aber die „Weimarer Reichsverfassung“ hatte auch die Unantastbarkeit des kirchlichen Vermögens festgeschrieben, zu dem auch Forderungen zur Kirchenbaulast gegenüber den Kommunen gehörten. Damit war nun auch das Recht auf solche Forderungen außerhalb der kircheninternen Gesetze ins öffentliche Verwaltungsrecht eingegangen. Da man inzwischen genügend Belege für diese Forderungen gesammelt hatte, waren die kirchlichen Behörden nunmehr imstande, notfalls den Rechtsweg zu gehen, um Kirchenbaulastansprüche geltend zu machen.

So kam es in den Jahrzehnten nach 1945 immer häufiger zu Auseinandersetzungen wegen Kirchenbaulasten vor den Verwaltungsgerichten, bei denen die Rechtsprechung vorwiegend die Ansprüche der Kirche bestätigte. In den Jahren des „Wiederaufbaus“ und des nachfolgenden wirtschaftlichen Aufschwungs wurden auch ohne weiter nachzufragen größere Summen für die Sanierung kirchlicher Gebäude ausgegeben. Mit dieser weiteren Beteiligung der Kommunen hatte sich damit rechtlich ein „Herkommen“ entwickelt, wodurch es den Kommunen im Prinzip nicht mehr möglich war, eine Verpflichtung zum Kirchenbau zu bestreiten. Auf dieser Grundlage boten die Kirchen dann den Kommunen, die außerstande waren, größere Summen für Kirchensanierungen zu leisten, ein „großzügiges Darlehn“ mit möglichst langen Laufzeiten an. Damit wurden die finanziellen Leistungen der Kommunen an die Kirchen nochmals erhöht. Um aber ein solches Darlehn überhaupt zu erlangen, mussten die Bürgermeister zuvor eine schriftliche Erklärung abgeben, die eine Baulast der politischen Gemeinde an den kirchlichen Gebäuden bestätigte.

Damit hatten Kirchenbaulastansprüche gegen die



Abb. 3 Die frühgotische Pfarrkirche St. Marien im Zentrum von Volkmarsen

Kommunen, die ehemals nicht einmal vom Kirchenrecht abzuleiten waren, eine unangreifbare Rechtsgrundlage erhalten. Die Feststellung einer Kirchenbaulast, die nach dem Gewohnheitsrecht auf einem Herkommen beruhte, bedeutete für die Kommunen eine irreversible Verpflichtung, je nach dem Anspruch der Kirche, Zahlungen zu baulichen Sanierungen an den kirchlichen Gebäuden zu leisten. Es wurde nunmehr gezielt vor den Verwaltungsgerichten geklagt, um diesen Rechtsvorteil abzusichern. Mit der Vorlage entsprechender gerichtlicher Urteile zugunsten der Kirche konnte man nunmehr die Kommunen von ihrer Kirchenbaulastpflicht überzeugen, so dass auf diesem Wege das Entstehen eines Herkommens gewissermaßen eingeübt werden konnte. Die Kirchenbauakten der Kirchenbehörden gaben dann die Grundlage ab, ein „Baulastkataster“ für die kirchlichen Gebäude zu erstellen, nach welchem fast alle Kommunen baulastpflichtig sein sollten.

Nachdem im Februar 1999 in der „Hessischen Städte- und Gemeindezeitung“ auf die Problematik dieser Ansprüche der Kirche hingewiesen worden war, legten sich die rechtlichen Auseinandersetzungen über die Kirchenbaulast. In einem noch anhängenden sogenannten „Musterprozess“, in welchem die Kirche die Gültigkeit der Kirchenbaulast im ehemaligen Fürstentum Waldeck einklagen wollte, wurde ihrem Anspruch nicht stattgegeben. Da zahlreiche Medien von diesem Fall berichteten, kam es in der Folgezeit nunmehr häufiger dazu, dass die Kommunen eine Kirchenbaulast bestritten. Es wurden unabhängige Gutachten zur Klärung der Kirchenbaulast in Auftrag gegeben, die

meist zu völlig anderen Ergebnissen kamen als die von den kirchlichen Verwaltungen vorgelegten Nachweise aus der eigenen Aktenführung. Daraufhin setzte sich die Kirche nicht mehr mit den einzelnen (örtlichen) Fällen der Kirchenbaulast auseinander und drängte auf eine baldige gesetzliche Regelung auf Landesebene.

Wie einflussreich die institutionelle Lobby der Kirche inzwischen war, zeigte sich daran, dass man ihrem Begehren unverzüglich folgte, den bis dahin erfolgreich behaupteten Anspruch in der Kirchenbaulast gesetzlich festzuschreiben. Bereits 2003 wurde eine Rahmenvereinbarung zwischen den Vertretern der Landeskirchen, dem Land Hessen, dem Hessischen Städte- und Gemeindebund und dem Hessischen Städtetag beschlossen, die die gegenwärtige „Regelung“ festhielt, bis ein Landesgesetz erlassen wird, durch das die Kirchenbaulasten in Hessen abgelöst werden sollen. Eine solche „Ablösung“ bedeutet allerdings, dass nunmehr aus öffentlichen Mitteln für ein Vielfaches der für die kommenden Jahrzehnte zu erwartenden Instandsetzungskosten an die Kirchen gezahlt werden muss, um von deren Baulastansprüchen befreit zu werden. Selbst ein „Nachholbedarf“ geht noch in die Berechnung der geforderten Ablössungssummen mit ein. Damit haben die Kirchen sozusagen auf dem Rechtsweg ihr Vermögen erheblich vermehrt, ohne dass diese Entwicklung von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Diese Entwicklung zeigt auf, wie die Einflussnahme einer institutionellen Lobby kleineren Kommunen über lange Zeit Möglichkeiten nahm, eine eigenständige Entwicklung ihrer Infrastruktur zu gestalten.

Soziale Stadt in hessischen Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes

Dr. Annegret Boos-Krüger

1 Zur Entstehung des Programms Soziale Stadt

Seit den 90-er Jahren kommt es im Zuge der Globalisierung und sonstiger Strukturveränderungen zu einer deutlichen Konzentration von sozialen, ökonomischen und baulich-räumlichen Problemlagen innerhalb der Städte.¹ In großstädtischen Räumen bilden sich Stadtteile heraus, deren Bewohner im Wesentlichen als einkommensschwach gelten und nicht selten auf Transferleistungen angewiesen sind. Überlagert wird dieser Zustand vielfach dadurch, dass nicht unerhebliche Teile der Bewohner in diesen Stadtteilen Migrationshintergrund haben. Stadtsoziologen sprechen von Parallelgesellschaften, ein Umstand der die Situation vor Ort noch verschärft hat.

¹ Vorläuferprogramme in den 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts in den Großstädten Nordrhein-Westfalens oder Stadtstaaten wie Bremen, Hamburg, Berlin.

Vor diesem Hintergrund startete 1999 das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) auf der Basis der Erfahrungen von Vorläuferprogrammen das Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf die Soziale Stadt“. Der Zweck des Programms Soziale Stadt war und ist es, auf die Problemlagen in den betroffenen Stadtteilen *stadtentwicklungspolitisch* zu reagieren.

Das Phänomen der benachteiligten Stadtteile wurde zunächst im Kontext von starken Arbeitsplatzverlusten in industriegeprägten Großstädten West- und Ostdeutschlands diskutiert. Später wurde dieser Begründungszusammenhang in der Fachwelt wie in der Politik von den aufkeimenden Debatten über eine versäumte Integrationspolitik in der Bundesrepublik sowie über den Bildungs-Jetlag bei Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien und sozial belasteten Familien der Mehrheitsgesellschaft ergänzt und überlagert.

Dies war auch der Grund, weshalb das Programm Soziale Stadt zunächst nur in Großstädten eingesetzt wurde. Nach und nach gewann das Programm allerdings auch Bedeutung für die Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum, nachdem dort das vielfach beschriebene Phänomen des demografischen Wandels spürbar wurde, welches sich hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur mit der einfachen Formel „älter, ärmer, bunter“ oder mit den Begriffen „Überalterung, Abwanderung und Zuwanderung“ umschreiben lässt. Insgesamt nahmen und nehmen Disparitäten innerhalb des Stadtraumes also auch in kleineren Städten zu.

Inzwischen hat sich die Programmphilosophie der ressortübergreifenden Zusammenarbeit, die das Programm Soziale Stadt von Anfang an prägt, als Arbeitsprinzip der integrierten Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert² durchgesetzt. Im Kern geht es dabei um das Zusammenführen verschiedener Fachpolitiken in einem definierten Sozialraum. Zur Koordination wird ein Stadtteil- oder Quartiersmanagement eingesetzt, zumeist in Form eines „Tandems“, besetzt aus Berufsgruppen der Planung und sozialen Arbeit.

Die 16 Bundesländer gestalten das Bundesprogramm jeweils nach eigenen Schwerpunkten, Rahmenseetzungen und Leitlinien. In Hessen geschieht dies durch die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt³ kurz HEGISS genannt bzw. durch die Richtlinien zur integrierten Stadtentwicklung in Hessen.⁴

² Vgl. hierzu: Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt.

³ Vgl. hierzu: www.hegiss.de

⁴ Vgl. hierzu: Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der Nachhaltigen Stadtentwicklung RiLiSE, 01. Juli 2008.

2 HEGISS in Zahlen ein kurzer Überblick und eine aktuelle Einschätzung zur weiteren Programmentwicklung

Im Bundesgebiet wurden bis zum Jahr 2007 ca. 500 Stadtteile in rund 320 Gemeinden mit mehr als zwei Milliarden Euro gefördert. Alleine in Hessen wurden bis zum Jahr 2009 39 Standorte in 33 Kommunen aus dem Programm gefördert. Stadtteile in rund 320 Gemeinden mit mehr als zwei Milliarden Euro gefördert. Alleine in Hessen wurden bis zum Jahr 2009 39 Standorte in 33 Kommunen aus dem Programm gefördert. Diese Zahl ging im Jahr 2010 nach Ausförderung der ersten Kommunen auf 25 Kommunen zurück und stagniert gegenwärtig auf diesem Level.

Ein Blick auf die Karte - siehe S. 25 - zur Verteilung der „HEGISS-Standorte“ in Hessen zeigt, dass die größeren Städte teilweise mit zwei Standorten im Programm vertreten sind, deutlich wird ebenfalls eine gewisse Konzentration im Rhein-Main-Gebiet. Allerdings ist ebenfalls zu erkennen, dass in Mittel-, Nord- und Osthessen 50 % der hessischen Soziale Stadtgebiete in Klein- und Mittelstädten liegen.

Für baulich-investive Maßnahmen wurden in den vergangenen 10 Jahren rund 114 Millionen Euro an Finanzhilfen vom Bund und dem Land Hessen zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Einzelmaßnahmen konnten dadurch realisiert werden, vorwiegend in drei Schwerpunkten:

1. Im Bereich Verbesserungen des öffentlichen Raumes: (Neugestaltungen von Plätzen, Straßenräumen oder landschaftsplanerische Projekte, Mietergärten, Grün- und Erholungsflächen, Spielplätze).
2. Verbesserungen im Wohnungsbau (Modernisierungsmaßnahmen, energetische Sanierung und Funktionsverbesserungen).
3. Im Bereich Verbesserung der sozialen wie kulturellen Infrastruktur (Nachbarschaftszentren, Mehrgenerationenhäuser oder Jugendzentren).

Ca. 20 - 30 % der Programmmittel Soziale Stadt werden pro Programmjahr für so genannte nicht investive Maßnahmen eingesetzt. Hierzu gehört die Finanzierung des Stadtteilmanagements über die gesamte Programmlaufzeit von ca. 10 Jahren, ebenso Öffentlichkeitsarbeit und Investition vorbereitende Maßnahmen (Gutachten, Konzepte etc.). Im Zeitraum zwischen 2006 und 2009 wurden zusätzlich für Modellprojekte im nichtinvestiven Bereich von Bund, Land und Kommunen weitere 12,9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und insgesamt weitere 125 Projekte und Maßnahmen realisiert. Diese Mittel wurden durch die Ausschreibung von HEGISS-Innovationen mit drei Schwerpunktlegerungen ausgeschrieben:

- Bildung, Jugendhilfe und Schule,
- Beschäftigung und stadtteilnahe Wirtschaftsförderung,
- Soziale Integration und Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens.

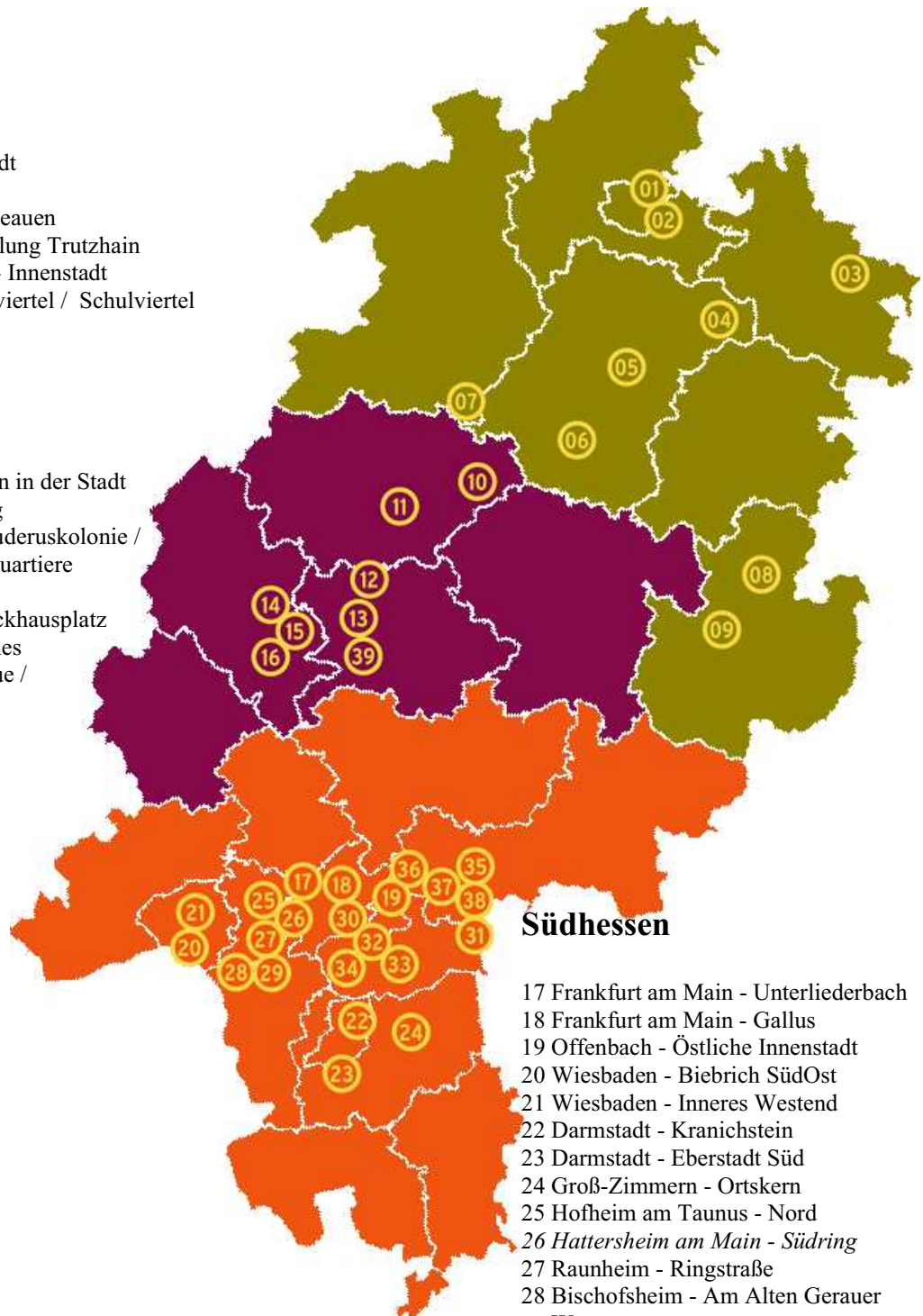
Standorte der Sozialen Stadt in Hessen

Nordhessen

- 01 Kassel - Nordstadt
- 02 Kassel - Wesertor
- 03 Eschwege - Heuberg
- 04 Spangenberg - Altstadt
- 05 Homberg (Efze) -
Bahnhofsviertel / Efzeauen
- 06 Schwalmstadt - Siedlung Trutzhain
- 07 Gemünden (Wohra) - Innenstadt
- 08 Hünfeld - Tiergartenviertel / Schulviertel
- 09 Fulda - Aschenberg

Mittelhessen

- 10 Stadtallendorf - Inseln in der Stadt
- 11 Marburg - Richtsberg
- 12 Lollar - Ortskern / Buderuskolonie /
Angrenzende Wohnquartiere
- 13 Gießen - Nordstadt
- 14 Aßlar - Ziegelei / Backhausplatz
- 15 Wetzlar - Niedergirmes
- 16 Wetzlar - Silhörer Aue /
Westend



Südhessen

- 17 Frankfurt am Main - Unterliederbach
- 18 Frankfurt am Main - Gallus
- 19 Offenbach - Östliche Innenstadt
- 20 Wiesbaden - Biebrich SüdOst
- 21 Wiesbaden - Inneres Westend
- 22 Darmstadt - Kranichstein
- 23 Darmstadt - Eberstadt Süd
- 24 Groß-Zimmern - Ortskern
- 25 Hofheim am Taunus - Nord
- 26 *Hattersheim am Main - Südring*
- 27 Raunheim - Ringstraße
- 28 Bischofsheim - Am Alten Gerauer
Weg
- 29 *Rüsselsheim - Dicker Busch*
- 30 Neu-Isenburg - Stadtquartier West
- 31 *Seligenstadt - Nord*
- 32 Dreieich - Hirschsprung / Breitensee
- 33 Dietzenbach- Östliches Spessart-
viertel
- 34 Langen - Nordend
- 35 *Erlensee -Rückingen*
- 36 Maintal - Dörnigheim / Bischofsheim
- 37 *Hanau - Lamboy-Nord*
- 38 Hanau - Südliche Innenstadt
- 39 Butzbach - Degerfeld

*Standorte in *kursiver Schrift* sind bereits ausgefördert.

Quelle: Servicestelle HEGISS, Stand: 2010

Eine weitere Möglichkeit zur Finanzierung und zur Beförderung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Kontext des Programms Soziale Stadt stellen seit Programmstart vor 10 Jahren so genannte Partnerprogramme dar. Unter anderem wurden und werden diese Partnerprogramme oder Partnerinitiativen aus dem Europäischen Sozialfond kurz ESF finanziert. Eines der ersten Programme war E & C, respektive Entwicklung und Chancen für junge Menschen, es folgten über einige Jahre Programmelemente, finanziert über den EU-Titel Lokales Kapital für soziale Zwecke kurz genannt LOS, die einen Schwerpunkt auf so genannte Mikroprojekte legten. 2008 wurde LOS vom Bundesarbeitsministerium in das Programm „Stärken vor Ort“ überführt und ebenfalls 2008 legte das Bundesbauministerium das sehr erfolgreiche Programm BIWAQ auf. Eine ebenfalls mit dem Programm Soziale Stadt koordinierte Kampagne ist die Bundesinitiative Gesundheitsförderung Sozial Benachteiligter, die durch Landesinitiativen und Regionale Knoten bis in die Quartiersarbeit hineinwirkt.

Gegenwärtig zum Ende des Jahres 2010 scheinen Umbrüche der Programmausstattung, möglicherweise auch in der Programmgestaltung anzustehen, die noch nicht schlussendlich in der Gänze der Auswirkungen gedeutet werden können. Fest steht, dass im Jahr 2011 Einbrüche in der Mittelausstattung durch den Bund in der Höhe von voraussichtlich 70 % von den Kommunen, die mit dem Programm bis dato erfolgreich gearbeitet haben, zu verkraften sein werden. Gleichzeitig wurde allerdings eine weitere positive Mittelausstattung des Partnerprogramms BIWAQ in der Höhe von 83 Millionen Euro für den Zeitraum von 2011 bis 2014 von dem Bund angekündigt zur Förderung von Projekten in Städten und Gemeinden, die explizit zur Integration beitragen.⁵

Im Kern bedeutet dies gegenwärtig eine Konzentration des Programms Soziale Stadt primär auf die Finanzierung von baulich-investiven Maßnahmen und sekundär die Reduzierung der so genannten nicht-investiven Maßnahmen auf die notwendigen Steuerungs- und Organisationsaufgaben, respektive die weitere Finanzierung des Quartiers- bzw. Stadtteilmanagement. Darüber hinausgehende nicht-investive Maßnahmen zur Stabilisierung der sozialen und ökonomischen Lage der Bevölkerung (soziale, kulturelle Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, Beschäftigung, Qualifizierung, Förderung der Lokalen Ökonomie) im Stadtteil werden andere (Partner-) Programme und Initiativen leisten müssen, wenn die Philosophie der Sozialen Stadt nämlich die nachhaltige

und ganzheitliche Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse der Bevölkerung in benachteiligten Gebieten nicht aufgegeben werden soll.

So sind für die weitere Entwicklung des Programms nur erste Annahmen möglich: Sollte das Programm Soziale Stadt in Kombination mit einem stabil ausgestatteten Partnerprogramm, vermutlich BIWAQ, weiterhin eine städtebauliche wie soziale und ökonomische Stabilisierung der betroffenen Stadtteile verfolgen, könnten die derzeitigen Befürchtungen von betroffenen Kommunen ausbleiben, dass die Erfolgsgeschichte der Sozialen Stadt unterbrochen oder gar beendet werden könnte. Denkbar ist auch, dass das Programm Soziale Stadt mit seinen erprobten Arbeitsstrukturen zukünftig stärker in die Integrationspolitik von Bund und Ländern eingebunden wird und entsprechend mit Initiativen in der Sozial- und Bildungspolitik zur Förderung zugewanderter Bevölkerungsschichten und/oder sozial belasteten Bevölkerungskreisen koordiniert wird. Es wäre von Vorteil, wenn auf diesem Wege die ohnehin fachlich einzubindenden Ressorts auch verlässliche Partner bei der Finanzierung der sozial, kulturell und ökonomisch wirksamen Maßnahmen werden.

3 Arbeitsprinzipien

Gleich, welchem Standorttyp (vorstädtische Großsiedlungen, Altstadtquartiere oder Innenstadtegebiete) ein Stadtteil zuzuordnen ist, sind die benachteiligten Quartiere durch komplexe Problemlagen in den Bereichen Städtebau/Umwelt, infrastrukturelle Ausstattung, Wirtschaft und Beschäftigung, Soziales, Integration, nachbarschaftliches Zusammenleben sowie Imageverlust gekennzeichnet. Das Programm Soziale Stadt begegnet diesen Defiziten mit dem Ansatz der integrierten Stadtentwicklung, im Praxisfeld unterstützt durch ein neu entstandenes Berufs- bzw. Tätigkeitsfeld: das Quartiersmanagement oder Stadtteilmanagement.⁶

Grundlage der Arbeit im Stadtteil während der 10-jährigen Laufzeit des Programms bilden integrierte Handlungskonzepte, die neben einer Stärken-Schwächen-Analyse zum Gebiet, einem Maßnahmen und Projekttableau zu allen relevanten Arbeitsschwerpunkten vor allem den integrierten, d.h. ressortübergreifenden Arbeitsstil der beteiligten Akteure im Gebiet abbilden sollte.

Hierbei ist der Entwicklungsansatz für das Quartier nicht alleine auf das Programmgebiet auszurichten,

⁵ Weitere Informationen unter: www.biwaq.de

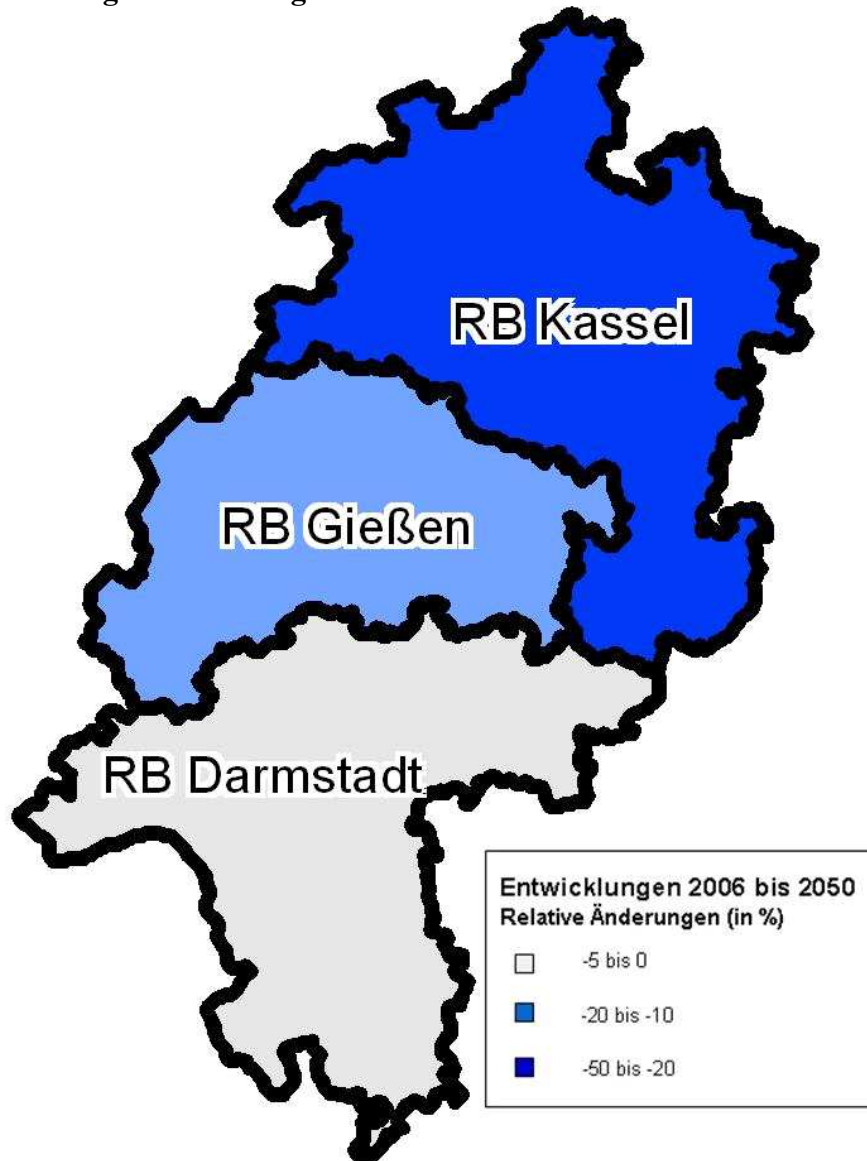
⁶ Vgl. hierzu: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Statusbericht Programm Soziale Stadt. Kurzfassung. Berlin, Juli 2008, S. 6: „Basis für die Umsetzung des Programms Soziale Stadt sind die strategischen Handlungsansätze personeller und finanzieller Ressourcen, Aktivierung und Beteiligung sowie der hierfür notwendige Aufbau geeigneter Organisationsstrukturen in Stadtverwaltung und Quartieren.“

sondern im Sinne der Nachhaltigkeit ist die Gesamtstadt in die Betrachtungen einzuschließen. Schließlich geht es darum den abgespalteten Stadtteil wieder in die Gesamtstadt einzubinden. Dies kann nur erfolgreich gelingen, wenn querschnittsorientiert die Handlungsfelder Bürgermitwirkung, Stärkung lokaler Wirtschaft, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Beschäftigungsmöglichkeiten, Schule und Bildung, Soziales und Kultur sowie Wohnen und städtebauliche Erneuerung im Kontext von Stadtteil und Gesamtstadt betrachtet und bearbeitet werden.

4 Herausforderungen und Handlungsbedarfe in hessischen Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes

Entwicklungen wie Zuwanderung, Abwanderung von gut qualifizierten Leistungsträgern in Regionen und Städte mit besseren Arbeitsplatzangeboten und Überalterung der in der Region verbleibenden Mehrheitsbevölkerung prägen die Demographie zahlreicher Klein- und Mittelstädte in Hessen, vor allem in den strukturschwachen Räumen Mittel-, Nord- und Ost Hessens. Die Bevölkerungsrückgänge, hochgerechnet bis zum Jahr 2050, liegen in einigen Landkreisen dieser Regionen in einer Spanne von 20- 50% und beziehen sich auf die Fläche des Landkreises.

Regionale Bevölkerungsveränderung von 2006 bis 2050



Quelle: entnommen aus der kreisbezogenen Darstellung der HA Hessen Agentur GmbH, Uwe van den Busch: Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte, Wiesbaden 2007, S.12

Dies bedeutet, dass gerade kleinere Orte wesentliche höhere Bevölkerungsverluste hinnehmen werden müssen, weil sich im Laufe der Jahre aus der Fläche Umzugsbewegungen in jene Orte vollziehen werden, die noch über ausreichend Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote verfügen. Land und Kommunen stellt dies vor die Aufgabe gerade auch Klein- und Mittelstädte in ihrer Zentrumsfunktion zu stärken, damit die Bevölkerung aus den sich rückläufig entwickelnden Gebieten noch in angemessener Entfernung entsprechende Versorgungsstrukturen vorfinden können und auch das Gemeinwesen erhalten werden kann.

Weitere problematische Veränderungen ereignen sich in diesem Stadttypus des ländlichen Raumes in Folge von Ereignissen wie die Aufgabe von Bundeswehrstandorten, gefolgt von Konversionsaufgaben für die Kommunen, die Standortaufgabe oder Produktionsreduzierung in klein- und mittelständischen Industriebetrieben wie auch der Ausbau und die Stabilisierung von Industriebetrieben oder die Aufgabe oder deutliche Reduzierung einst touristischer Funktionen. Die meisten Entwicklungen sind ursächlich in überregionale, zumeist europäische oder globale Kontexte eingebunden. Das Besondere an diesen Entwicklungen im ländlichen Raum ist, dass diese Prozesse die Städte stärker in ihrer Gesamtheit betreffen und die sozialen, ökonomischen und baulich-räumlichen Auswirkungen sich weniger kleinräumig auf einzelne Stadtgebiet eingrenzen lassen, wie es in Großstädten und Metropolen zu beobachten ist, sondern vielmehr in der Gesamtstadt spürbar werden.

Besonders augenfällig in Klein- und Mittelstädten sind in Folge derartiger Entwicklungen zunehmende Leerstände von Wohnhäusern und Ladengeschäften. Zudem beklagen die Kommunen soziale Veränderungen und Auffälligkeiten in der Bevölkerung, vielfach bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die wenig Perspektiven entwickeln und keinen Zugang zum begrenzten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt finden oder die Vereinsamung älterer Bürger, deren Kinder die Region verlassen haben.

Speziell Zuwanderung/Migration tritt im ländlichen Raum inzwischen in ganz eigenen Begründungszusammenhängen und Ausprägungen auf⁷ und ist keineswegs wie vielfach irrtümlich angenommen nur ein Großstadthema.⁸ An Bedeutung gewinnt hierbei die bewusste Wahl von Zuwanderern für den ländlichen Raum als Wohnstandort, teilweise als Mietstandort, zunehmend auch mit Eigentumbildung verbunden. Hierbei spielen die sinkenden Immobilienpreise im ländlichen Raum eine Rolle und die dadurch verbundene Möglichkeit für Migranten, ihre Wohn- und Lebensverhältnisse verglichen zu großstädtischen Räumen zu verbessern. „In das Umfeld dieser Fami-

lien ziehen weitere Familie aus der gleichen Community. Die Wahl zugunsten des ländlichen Raumes fällt häufig sehr bewusst aufgrund von belasteten Großstadterfahrungen. Die Qualitäten der Überschaubarkeit, der ländlichen Umgebung, die besseren Freiraumqualitäten, die Möglichkeiten der sozialen Kontrolle in der eigenen Community wie die parallel gelebte soziale Überschaubarkeit in der klein-/mittelstädtischen (...) Gesellschaft werden für den eigenen Lebensstil bewusst angestrebt. Es wird als Qualitätsgewinn bewertet, den sozialen Erosionsprozessen in der eigenen Community in großstädtischen Quartieren mit hohem Zuwanderungsanteil ausweichen zu können.“⁹

Diese Neubürger gehören der zweiten oder dritten Generation von zugewanderten Familien an und befinden sich in einer Etablierungsphase, die in aller Regel mit dem Entschluss verbunden ist in Deutschland dauerhaft zu bleiben. Zu den beiden größten Gruppen gehören vorrangig Migrantenfamilien türkischer Herkunft und nachrangig Aus- und Spätaussiedler mit russischem oder polnischem Migrationshintergrund.

So sind Klein- und Mittelstädte inzwischen stark gefordert verschiedenste sich überlagernde Bevölkerungstrends durch eine integrierte Stadtentwicklung aufzufangen und zu begleiten. Vorrangig geht es hierbei um die Integration von zuwandernden Bevölkerungsgruppen, um qualifizierte Angebote für die in der Region bleibende junge Generation, sei es in der Jugendbildung oder Familienpolitik, um die Anpassung der Angebote und Einrichtungen an eine überproportionale hoch alternde Mehrheitsbevölkerung und um städtebauliche Stabilisierung in einem entspannten Immobilienmarkt (nachlassende Nachfrage) mit steigenden Herausforderungen an den Denkmalschutz durch zurückgehende Nutzungen oder Auslastungen von denkmalgeschützter Bausubstanz. Der Integrierte Handlungsansatz der Sozialen Stadt hat sich durch die besonderen Projektpartnerschaften von sozialen Projekten, der Förderung der lokalen Ökonomie und der städtebaulichen Stabilisierung für diese Herausforderungen als ausgesprochen effizient erwiesen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Programm in Kombination mit entsprechenden sozial und ökonomisch ausgerichteten Partnerprogrammen weiterhin den Kommunen zur Verfügung steht, um für die unvermeidbaren Folgen des Strukturwandels geeignet steuern zu können.

⁷ Vgl. hierzu: Annegret Boos-Krüger: Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherungen an ein neues Forschungsgebiet. In: Zuwanderer in der Stadt Expertisen zum Projekt Darmstadt,

⁸ Vgl. hierzu: Schader-Stiftung, Zuwanderer auf dem Land: Daten und Hintergründe, www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/861.php

⁹ Annegret Boos-Krüger: Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherungen an ein neues Forschungsgebiet. In: Zuwanderer in der Stadt Expertisen zum Projekt Darmstadt, 2005, S. 433

Jugendpreis 2011

Schirmherr ist der hessische Ministerpräsident mit seinen Kollegen in den Partnerregionen

Was denkst DU
über Umweltschutz-
in der Nachbarschaft, in der Region,
in Europa?

Zur Teilnahme am Wettbewerb sind alle jungen Menschen **bis zum Alter von 23 Jahren** eingeladen, die seit mindestens sechs Monaten in Hessen, dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen oder in den hessischen Partnerregionen Emilia-Romagna und Wielkopolska ihren ersten Wohnsitz haben.

Einzel- und Gruppenarbeiten sind willkommen.



Entwurf: Liceum Plastyczne im. Piotra Polworońskiego w Poznaniu

Zu gewinnen gibt es Geldpreise in Höhe von insgesamt bis zu **5.000 Euro**

Die Arbeiten sind bis zum **15. April 2011** einzusenden in **Hessen und Landkreis Schmalkalden-Meiningen** an das Sekretariat der Jugendpreisstiftung
Kölnische Straße 54a
D-34117 Kassel
Jugendpreisstiftung@t-online.de
www.jugendpreisstiftung.de
T ++49(0)561 / 703-4456
F ++49(0)561 / 703-4457



UNTERNEHMENSGRUPPE
NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE
WOHNSTADT



Hessischer
Städte- und
Gemeindebund



Fraport



mainova



KWA
Contracting AG



remmers
SINCE 1874 am Bau



Deutsche
Vermögensberatung



Sparkassen
Versicherung

Sparkassen-Kulturstiftung
Hessen-Thüringen



HSE
DAS GANZE SEHEN

Die Ziele sind gut, nun muss die Politik die Weichen stellen

Jutta Kochendörfer und Ulrich Stöcker

Die Konferenz in Nagoya endete ungeahnt mit anspruchsvollen Beschlüssen. Die Vertragsstaaten der Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) senden damit auch ein Signal für die Behandlung von Umweltfragen in anderen internationalen Prozessen.

Zu Recht bewertet Bundesumweltminister Norbert Röttgen die beschlossenen Ziele als Erfolg. Im Einigungsprozess spielte die deutsche CBD-Präsidentschaft eine positive Rolle. Doch damit ist der Biodiversitätsverlust noch nicht gestoppt. Die Ziele allein helfen weder den letzten Nashörnern noch dem vom Aussterben bedrohten europäischen Nerz oder den mittlerweile fast unbekanntem Ackerwildkräutern wie der Kornrade. Mit den Arten schwinden genetische Ressourcen. Auch ganze Ökosysteme gehen unwiederbringlich verloren: tropische Korallenriffe ebenso wie Mitteleuropas Auwälder.

Wie stehen die Chancen für die Umsetzung der Beschlüsse in Deutschland?

Die von der Bundesregierung 2007 beschlossene Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt, kurz NBS, weist in die richtige Richtung, doch manches ihrer Ziele ist von der Realität noch weit entfernt. Beispielsweise, dass 2020 der Anteil der Waldflächen mit natürlicher Waldentwicklung fünf Prozent beträgt. Angesichts der Widerstände der Waldbesitzer und des zuständigen Bundeslandwirtschaftsministeriums scheint dies ein kaum lösbares Unterfangen.

Der Strategische Plan nennt Ziele und Maßnahmen

Mit dem Strategischen Plan hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf ein neues globales Biodiversitätsziel und eine ehrgeizige Strategie für die Zeit bis 2020 geeinigt. Der Plan nennt 20 Punkte, von denen die Wichtigsten nachfolgend aufgelistet sind. Das ambitionierte Ziel lautet, die Verlustrate an biologischer Vielfalt um die Hälfte und wo möglich auf nahe Null zu senken.

- Schutzgebiete

17 Prozent der weltweiten Landflächen sollen als Schutzgebiete ausgewiesen werden. Der derzeitige Stand liegt bei knapp 13 Prozent.

Bei den Meeresschutzgebieten wurde eine Einigung auf zehn Prozent der gesamten Fläche mariner und Küstenhabitate einschließlich der Hohen See erzielt. Bislang steht erst knapp ein Prozent der Fläche unter Schutz.

Leider noch unklar ist, wie hier Deutschland und Europa trotz vielfältiger Nutzungsanforderungen an Nord- und Ostsee einen nennenswerten Beitrag leisten können. Zielkonflikte mit Fischerei, Schifffahrt, Tourismus und Energieversorgung über Offshore-Windkraft und Öl- und Gasexploration bestehen heute schon.

- Ursachen des Biodiversitätsverlustes

Bis 2020 sollen alle für die Biodiversität schädlichen Subventionen, beispielsweise für Landwirtschaft und Fischerei, abgeschafft werden. Allerdings arbeiten Lobby-Mächte in Deutschland und Europa dagegen: Die Pendlerpauschale besteht weiter, obwohl sie Verkehr erzeugt. Agrar- und Fischereipolitiker agieren fern von den Umweltministern.

Weitere Beschlüsse betreffen Überfischung und zerstörerische Fischereipraktiken, Schadstoffeinträge, Klimawandel sowie nicht nachhaltigen Konsum und Produktion.

- Biokraftstoffe

Auch zu Biokraftstoffen verabschiedeten die Vertragsstaaten in Nagoya eine Entscheidung. Sie wollen kritische Ökosysteme, die nicht für die Produktion von Biokraftstoffen geeignet sind, ebenso wie besonders geeignete Anbauflächen identifizieren. Die Beschlüsse kommen spät angesichts des von der EU angefachten Agrospritbooms und der Rodung von Regenwäldern für den Palmöl- und Sojaanbau. Nicht nur Bundesumweltminister Norbert Röttgen, sondern die gesamte Bundesregierung und auch EU-Energiekommissar Günther Oettinger müssten hier sofort umsteuern.

- Leistungen des Naturhaushaltes

Der Wert der Biodiversität und ihrer Dienstleistungen, wie zum Beispiel sauberes Wasser,

Holz oder CO₂-Speicherung, soll zukünftig bei nationalen Planungsprozessen berücksichtigt werden. Nicht nur die für die Biodiversität schädlichen Subventionen (siehe oben) sollen abgebaut werden, sondern Prämien für den Erhalt von Biodiversität eingeführt werden. Der Strategische Plan sieht vor, Ökosystemdienstleistungen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu integrieren. In Deutschland stemmen sich allerdings das Finanz- und Wirtschaftsministerium dagegen.

- Mobilisierung von Finanzen

Finanzmangel ist bisher einer der Hauptgründe für den Biodiversitätsverlust. Insbesondere die ärmeren Länder des Südens, die den Großteil der weltweiten Biodiversität beherbergen, verfügen über keine ausreichenden Mittel für deren Schutz und nachhaltige Nutzung. Die CBD-Vertragsstaaten beschlossen eine erhebliche Steigerung von finanziellen Ressourcen zur Umsetzung des Strategischen Plans.

Allerdings handelt es sich bisher lediglich um eine generelle Absichtserklärung. Noch unklar ist, woher die erforderlichen Mittel kommen. Endgültig soll diese Frage leider erst auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz 2012 in Indien geklärt werden.

- Das ABS-Protokoll regelt die Nutzung genetischer Ressourcen

Das so genannte „ABS-Protokoll“ enthält international verbindliche Festlegungen, die den Zugang zu genetischen Ressourcen und den gerechten Vorteilsausgleich regeln. ABS steht für „Access and Benefit Sharing“. Der Zugang (Access) zu den genetischen Ressourcen eines Landes wird rechtssicher geregelt. Hierfür müssen die Industrieländer noch Umsetzungsbehörden benennen. Die Herkunftsländer solcher Ressourcen werden an den Gewinnen gerecht beteiligt (Benefit Sharing), die ein Nutzer erzielt, beispielsweise bei der Entwicklung von Medikamenten oder Züchtungen. Ein internationales Zertifikat für den Herkunftsnachweis von genetischen Ressourcen soll eingeführt werden.

Das Instrument soll sowohl den Entwicklungsländern als auch den Nutzerländern, insbesondere Industrieländern, einen verlässlichen Rahmen bei der Nutzung genetischer Ressourcen geben.

Für das Inkrafttreten des Protokolls bedarf es der Ratifizierung durch fünfzig Staaten. Ob und wann Deutschland ratifizieren wird, hängt vor allem von zwei Akteuren ab. Von der EU, die noch Richtlinien ändern muss, die den ABS-Festlegungen entgegen stehen, und auch davon, was der Bundesgesundheitsminister tut, der durch seine Haltung lange Zeit das BMU und das ABS-Protokoll blockierte.



Abb.: Hochwasserereignis 2011 Foto Harald Schmidt

„Wir kommen voran.“, Auszüge des Interviews zur Konferenz von Michael Hadamczik mit Gertrud Sahler:

Im Frühjahr musste die EU feststellen, dass sie die Ziele ihres Aktionsplans für die Biodiversität für das Jahr 2010 verfehlt hat. Die kürzlich beendete Biodiversitäts-Konferenz in Nagoya wird allenthalben als großer Erfolg bewertet. Sind wir bei der Aufstellung von Zielen erfolgreicher als bei deren Umsetzung?

Das könnte man vielleicht so sehen. Ich bin mit gemischten Gefühlen nach Nagoya gefahren und habe auch ehrlich gesagt nicht geglaubt, dass wir den Strategischen Plan bekommen würden und dass er ambitioniert sein würde. Das ist jetzt gelungen. Das ist aus unserer aller Sicht ein Erfolg.

Die Ergebnisse der Konferenz stehen und fallen mit ihrer weltweiten Umsetzung.

Erst einmal müssen wir es schaffen, in zwei Jahren diesen Plan auch mit den entsprechenden Finanzmitteln zu unterlegen. Damit insbesondere die Entwicklungsländer die Gelegenheit haben, entsprechende Schutzmaßnahmen oder auch Maßnahmen zur nachhaltigen Nutzung zu ergreifen. Es wäre schon ein Erfolg, wenigstens in die Nähe der Ziele für 2020 zu kommen.

Am Rande von Nagoya wurde der TEEB-Bericht vorgestellt, der auf globaler Ebene den Nutzen der Biodiversität für Gesellschaft und Wirtschaft be-

ziffert. Wird es einen deutschen TEEB-Bericht geben?

Wir werden die TEEB-Studie, das Baby, das wir mit der EU zusammen aus der Taufe gehoben haben, auf internationaler Ebene weiter unterstützen, auch finanziell. Und wir werden eine Deutschlandstudie in Auftrag geben, die bestimmte Ökosysteme in den Fokus nimmt und versucht, den Wert der Dienstleistungen, die dort erbracht werden, zu berechnen. Das ist ein Schlüsselforschungsvorhaben.

Ich ärgere mich über Verkehrsminister in Ländern, die uns vorrechnen, was ein Molch kostet in einem Infrastrukturprojekt, die aber keine Sekunde darüber nachdenken, was es für unsere Lebensgrundlage bedeutet, wenn bestimmte Tier- und Pflanzenarten oder ganze Lebensräume verloren gehen, unter anderem durch den Straßenbau.

Die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) wird viel gelobt. Greift sie heute schon?

Alle Ressorts müssen an der Umsetzung arbeiten dass klappt in Teilen schon sehr gut. So mit dem Verkehrsminister, der ein Programm aufgelegt hat, das die Durchlässigkeit der Flüsse wiederherstellen soll. Es gibt auch sehr gute Fortschritte auf der Ebene der Kommunen. Da entsteht auf vielen Ebenen ein Bündnis, das ausbaufähig ist.

Ab dem kommenden Jahr werden wir das Bundesprogramm Biologische Vielfalt haben, das mit 15 Millionen Euro pro Jahr ausgestattet sein wird. Wir haben gerade im Kabinett den Indikatorenbericht verabschiedet. Wir kommen voran.

Gertrud Sahler ist seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2009 Büroleiterin von Bundesumweltminister Norbert Röttgen und ab diesem Sommer zusätzlich Abteilungsleiterin für den Naturschutz.

Der Beitrag zur Klimakonferenz in Nagoya sowie das Interview wurden im Magazin der Deutschen Umwelthilfe DUHwelt 4. 2010 veröffentlicht.



DENKMAL AKADEMIE

DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Veranstaltungshinweise

Netzwerk Ländlicher Raum 2011 - Schloss Romrod



Abb.: Schloss Romrod, Foto: DenkmalAkademie e. V.

Ländliche Lebensqualität - Europäische Modelle

Bedingt durch die demografische Entwicklung Deutschlands stellt sich die Frage, ob die im Grundgesetz verankerte „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ weiterhin gegeben sein wird. Während die wirtschaftlichen Zentren weiterhin wachsen, entvölkert sich die Provinz. Gleiche räumliche und soziale Standards sind hier nicht aufrecht zu erhalten. Der immer dünner besiedelte ländliche Raum kann die notwendige Infrastruktur kaum noch bereit stellen, so dass Ärztliche Versorgung, Bildungseinrichtungen und die Daseinsvorsorge im Allgemeinen schon jetzt mancherorts nur noch mühsam aufrecht erhalten werden kann.

Doch ist die entstehende Weite, ohne Hektik, verbunden mit der Naturnähe als eine eigene Qualität zu verstehen? In einer Neubesinnung auf Vorzüge des ländlichen Raums liegt eine Chance, die nicht nur für „Raumpioniere“ auf dem Land interessant ist, sondern eine Bedeutung für die gesamte Gesellschaft haben kann. 24. März 2011 (Do.); 100 €; Romrod

Wiederverwendung historischer Baustoffe

Historische Baumaterialien sind Baustoffe sowohl aus alter handwerklicher Tradition, aber auch aus älterer industrieller Fertigung. Die Wiederverwendung noch intakter alter Baustoffe zieht sich durch die ganze Baugeschichte: Jahrhunderte war es selbstverständlich, bei Neubauten auch ältere Baustoffe zu verwenden. Erst im Bauboom der letzten 50 Jahre verliert sich diese Tradition. Das Seminar soll die Vorteile der Verwendung alter Bausubstanzen aufzeigen und so vor Allem jenen, die am (Alt)Bau beteiligt sind, Mut machen, historische Bausubstanzen Wert zu schätzen und wieder zu verwenden. Wege dahin werden bei dem Seminar auf vielfältige Weise vorgestellt und bei einer kleinen Exkursion sowohl Recycling-Werkstätten, als auch gebaute Projekte besichtigt.

5. Mai 2011 (Do.); 100 €; Romrod

Energie und Fachwerk

Die Themen „Klimaschutz“ und „Wohnen“ sind existenziell: Gebäude gehören zu den Mitverursachern klimaschädlicher Treibhausgase. Daher werden die Anforderungen an Wärmeschutz und Energieeinsparung auch für unsere Bestandsbauten immer anspruchsvoller.

Ein Experte für bauphysikalische Fragestellungen bei Bestandsbauten, erläutert zunächst die Probleme bei der Dämmung von Sichtfachwerk.

Außerdem wird der Blick auf die energetischen Verbesserungsmöglichkeiten von Fachwerkbauten aus der Sicht des Denkmalschutzes gerichtet. Unter anderem werden geeignete Heizsysteme und Beispiele aus der Baupraxis gezeigt.

8. September 2011 (Do.); 100 €; Romrod

Fachwerksanierung praktische Übungen in der Werkstatt

Reparatur, Pflege und Wiederherstellung alten Fachwerks setzt spezifische Kenntnisse der verwendeten Baustoffe und Materialien voraus. Darüber hinaus sind Grundkenntnisse über Statik und Konstruktionsprinzipien des Fachwerkbaus bei der Ausbesserung kleiner Schäden unabdingbar. Dieses Seminar soll den Bauherren und Laien in die Lage versetzen einen Schaden am Fachwerkgebäude zu erkennen, diesen ungefähr in seinem Umfang einzuschätzen, eventuelle kleinere Schäden selbst beheben zu können und zu wissen, wann die Expertise eines Fachhandwerkers oder Architekten von Nöten ist. Die erste Hälfte des Tagesseminars gilt den theoretischen Grundlagen: Fachwerkkonstruktion, Materialeigenschaften und Zusammensetzung, Schadensbilder und -ursachen. Der Nachmittag dient dazu, praktische Erfahrungen bei der Lehmherstellung und der Ausfüllung der Gefache zu sammeln sowie sonstige Pflegemaßnahmen am Fachwerk durchzuführen. 1. Oktober 2011 (Sa.); 65 €; Romrod

Nachwachsende Rohstoffe als Chance für den ländlichen Raum

Die Produktion nachwachsender Rohstoffe und die Errichtung von technischen Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien werden kontrovers diskutiert. Einerseits besteht die Gefahr, dass durch den großflächigen Anbau von Mais oder Raps die Biodiversität abnimmt und dass technische Großanlagen landschaftsästhetische Gesichtspunkte verletzen. Andererseits bietet die Produktion von Bioenergie die Möglichkeit, von fossilen Energieträgern unabhängiger zu werden und regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Die Möglichkeit der dezentralen Energieproduktion kommt somit dem ländlichen Raum zugute.

In diesem Seminar werden dementsprechende Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raums sowie schon vorhandene Ansätze vorgestellt und diskutiert. 3. November 2011 (Do.); 100 €; Romrod

Nähere Informationen und Anmeldung:

DenkmalAkademie e.V.

Netzwerk Ländlicher Raum Schloss Romrod-36329 Romrod

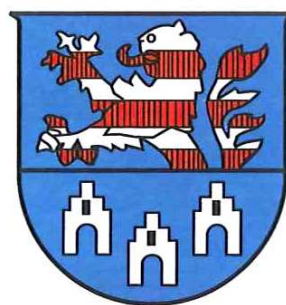
Telefon 06636-9181914 - Telefax 06636-9181919

nlr@denkmalakademie.de

www.denkmalakademie.de

Hessischer Städte- und Gemeindebund

Verband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden des Landes Hessen



Kräfte bündeln!

Die Bedeutung der ländlichen Räume spiegelt sich in der Lebensqualität und Leistungskraft des Gemeinwesens vor Ort wider. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten durch ihren Einsatz und ihr Engagement die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund unterstützt die Akademie Ländlicher Raum in ihrem Engagement für Hessen und für die Menschen und hilft mit, die Kräfte für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes zu bündeln.

Der HSGB ist der Kommunale Spitzenverband der kreisangehörigen Städte- und Gemeinden des Landes Hessen. Dem Hessische Städte- und Gemeindebund gehören mehr als 400 Kommunen als Mitglieder und über 100 kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts als außerordentliche Mitglieder an. Der Verband bündelt die kommunalen Interessen, davon profitieren die staatlichen Organe und Institutionen. Sie haben im HSGB einen kompetenten Ansprechpartner für alle Fragen der kreisangehörigen Kommunen.

HSGB Geschäftsstelle

Henri-Dunant-Str. 13 - 63165 Mühlheim a. M.

Tel.: 0 61 08 / 60 01 0 - Fax: 0 61 08 / 60 01 57

IMPRESSUM

AUTOREN

Stefan Aumann

Wiss. Mitarbeiter am Hess. Landesamt für geschichtliche Landeskunde
Wilhelm-Röpke-Str. 6C, 35032 Marburg
fon +49 (0)6421 28-24550 fax -24799
Email: aumann@staff.uni-marburg.de

Prof. Dr. Siegfried Bauer

Vorsitzender der Hessischen Akademie Ländlicher Raum, Projekt- und Regionalplanung, Universität Giessen, Senckenbergstr. 3, 35390 GIESSEN
Tel: 0641 99 37310, Fax: 0641 99 37319
e-Mail: Siegfried.Bauer@uni-giessen.de
Internet: <http://www.uni-giessen.de/Regionalplan>

Michael Heib

Leiter der Musikschule Bad Karlshafen
Schützenallee 4, 34385 Bad Karlshafen
Tel.u. Fax 05672 / 17 44, eMail: youngamericans@t-online.de, Internet: www.youngamericans

Dr. Annegret Boos-Krüger

Korrespondierendes Mitglied der HAL
Diplom-Ingenieurin, Landschafts-/Stadtplanung AKH, Standortentwicklung - HA Hessen Agentur GmbH, Regionalbüro Kassel, Ständeplatz 15, 34117 Kassel
Tel: +49 (0)611 774-8728, Fax: +49 (0)611 774-8729
e-Mail: annegret.boos-krueger@hessen-agentur.de
Internet: www.hessen-agentur.de

Dr. Bernd Heinz

Wissenschaftlicher Gutachter
Edith-Stein Stieg 22, 37085 Göttingen
Tel. 0551 / 79 27 96
eMail: comodo.dr.heinz@t-online.de

Jutta Kochendörfer, Ulrich Stöcker, Michael Hadamczik

Deutsche Umwelthilfe e. V.
Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Randolf
Tel. 07732 - 9996-60,
eMail: bernauer@duh.de, Internet: www.duh.de

Peter H. Niederelz

Ordentliches Akademiemitglied der Hessischen Forschungsakademie (HAL), Ministerialrat
Vogtlandstraße 11 d, 65232 Taunusstein
Tel.: 0049 01743022926,
e-Mail: Peter.H.Niederelz@googlemail.com

Manfred Stürer

Leiter der Musikschule Hofgeismar
Bahnhofstr. 22, 34369 Hofgeismar
Tel. 05671 / 27 89

Ingrid Vossen

Freie Journalistin
Am Bach 11, 34388 Trendelburg-Stammen
Tel. 05675 / 6314
e-Mail: kreativ-b.trendelburg@t-online.de

REDAKTIONSAUSSCHUSS

Leitung

Harald Schmidt, Trendelburg
Recherche, Layout, Titelgestaltung

Stellvertretende Leitung

Prof. i. R. Dr.- Ing. Heinrich Klose, Kassel

Mitglieder

Siegfried Lotze, Reinhardshagen
Peter Reuting, Hofgeismar-Schöneberg
Roswitha Rüschenhof, Kassel
Engelbert Thielemann, Eschwege
Winfried Wroz, Kaufungen
Norbert Zimmermann, Bad Emstal-Riede

HERAUSGEBER - VERTRIEB

Akademievorstand der Hessischen Akademie Ländlicher Raum e. V. (HAL)
Vorsitzender: Prof. Dr. Siegfried Bauer, Universität Gießen, Senckenbergstr. 3, 35390 Gießen, Tel. 0641 99 37310, siegfried.bauer@uni-giessen.de
www.uni-giessen.de/Regionalplan

Büro Kassel: Andrea Emmel
Kölnische Str. 54 A, D-34117 Kassel
Tel. 0561 / 703 44 55
E-Mail: hessischeakademie@t-online.de
Internet: <http://www.hessische-akademie.de>

DRUCK

Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation, Schaperstraße 16
D-65195 Wiesbaden

Die HAL Mitteilungen erscheinen halbjährlich (im März und Oktober) in einer Auflage von 500 Stück. Der Bezug ist für die Mitglieder frei. Ein Register der Ausgaben 1 - 25 kostet 4 € Zum Preis der Versandkosten von 4 € erhalten Interessierte ein Exemplar der HAL Mitteilungen.

Redaktionsschluss für Ausgabe März ist der 01.01. für die Ausgabe Oktober der 01.07.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung und Information des Autors, nicht unbedingt der Redaktion und des Herausgebers wieder.

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck oder Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmung und die Einspeicherung sowie Verarbeitung in elektronischen Systemen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Sponsoren



Remmers, die Nr. 1 in der Baudenkmalpflege

- Hochwertige Produktsysteme für Bauten- und Fassadenschutz sowie Holz- und Bodenschutz
- Fachkompetenz durch Wissensgenerierung, Wissenstransfer und Wissensmanagement
- Bauschadensuntersuchung und Sanierungskonzepte, wissenschaftliche Beratung sowie objektspezifische Forschung und Planung

Remmers Baustofftechnik · 49624 Lönigen · Tel.: 054 32 / 83-0 · Fax: 054 32 / 3985 www.remmers.de



Fürstenwalder Betonsteinwerk

Betonstein-Erzeugnisse
zur Garten- und Landschaftsgestaltung

Birkenhof
34379 Calden-Fürstenwald
Telefon (0 56 09) 83 88 – 0
Telefax (5 56 09) 83 88 30

Internet: www.fuerstenwalder-betonsteinwerk.de
E-Mail.: info@fuerstenwalder-betonsteinwerk.de

Wir stellen her:

WINKELSTÜTZMAUERN
WINKELSTEINE UND U-STEINE
PALISADEN, SCHWELLEN UND STELEN
WINKELSTUFEN, BLOCKSTUFEN
TREPPENKONSOLEN, PODEST- UND
STUFENPLATTEN
MAUER- UND PFEILERSTEINE
ZAUNPFOSTEN UND GRENZSTEINE
ABSPERRPOLLER
PFLANZBECKEN
BLINDENLEITPLATTEN
SCHACHTKÖRPER



Energie für die Zukunft

Als einer der modernsten Energiedienstleister in Deutschland steht die HSE für eine nachhaltige Energieversorgung. Deshalb investieren wir in den nächsten Jahren eine Milliarde Euro in erneuerbare Energien. Durch den erfolgreichen Vertrieb von Ökostrom gehören wir mit unserer Vertriebsgesellschaft ENTEGA zu den dynamischsten Anbietern im Wettbewerb. Damit stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels und arbeiten an der sicheren Zukunft der Energieversorgung. In Hessen und darüber hinaus.

www.hse-ag

HSE
HEAG Südheissische Energie AG

TESTURTEIL ZUM KUNDENSERVICE
exzellent
ServiceRating
www.service-rating.de

KARRIERE-RATING
Finanzvertrieb
EXZELLENT
A++
ASSEKURATA
Deutsche Vermögensberatung AG
02/2010

Ausgezeichnet.

Sie wollen das Beste für sich und Ihre Finanzen? Wir haben die unabhängige Beurteilung dazu: Die Deutsche Vermögensberatung erhält von angesehenen Ratingagenturen Bestnoten: »exzellent« im Karriererating und »exzellent« im Kundenservice.

Wenn Sie sich eine hervorragende Beratung oder eine aussichtsreiche Karriere wünschen: Entscheiden Sie sich für Vermögensberatung mit Gütesiegel.

Wir freuen uns auf Sie.

Früher an Später danken!

Deutsche Vermögensberatung

Informieren Sie sich kostenlos unter 0800 3824000 oder www.dvag-untnehmensgruppe.com

Erfahren Sie die Schönheit unserer Landschaft.

Der Regionalpark bietet zahlreiche Ausflugsrouten und Radwege durch die Kulturlandschaft unserer Region. Ob Sie sich nun für die rund 150 Kunstobjekte, die speziell für den Park geschaffen wurden, interessieren oder einfach in den idyllischen Gaststätten verweilen wollen: Sie werden erfahren, wie spannend und entspannend unsere Region sein kann.

Aktiv für die Region.
Fraport. Die Airport Manager.
www.aktivfuertieregion.fraport.de

FRA



mainova

Unser Engagement für den Großraum fängt klein an.

Als Partner der Region wollen wir den Menschen in Rhein-Main mehr geben als günstige Energie. Daher schlägt unser Herz für die Nachwuchsförderung: in Sport, Bildung und Kultur. **Ihr Tor zu mehr Information: www.mainova.de**

UNTERNEHMENSGRUPPE NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE WOHNSTADT

Wir gestalten Lebensräume ...

- ... als **Wohnungsunternehmen** für 150.000 Mieter an 166 Standorten in Hessen
- ... als **Entwicklungsunternehmen** für Kommunen und Unternehmen in Hessen und darüber hinaus

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Schaumainkai 47 · 60596 Frankfurt am Main
Tel. 069 6069-0 · Fax 069 6069-300
E-Mail post@naheimst.de
www.naheimst.de

www.part-ag.de



Effiziente Objektkonzeption

- Funktionsanalyse
- Betreiber-Mix-Planung
- Vertragsgestaltung
- Realisation



Integrierte Projektentwicklung

- Projekte mit Stadtentwicklungskonzepten harmonisieren
- innovative Alternativen schaffen
- zielorientiertes Vorgehen
- mehrdimensionale und flexible Umsetzungsstrategien entwickeln



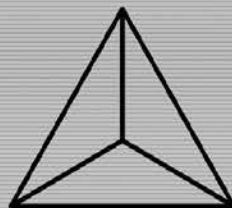
Umsichtige Standortplanung

- Definition von Standortzielen und Standortqualitäten
- Marktforschung
- nutzerspezifische Standortaquisition und -entscheidung
- bedarfsabhängige Partnereinbindung (Kommunen, Planer)



Investment

- bonitätsstarke Vertragspartner
- frühzeitiger Abschluss langfristiger Verträge
- marktgerechte Konditionen
- Schaffung eines ausgewogenen Portfolios



part AG

mehrdimensional denken



Giro wie ist das schön!



Kostenlos für Mitglieder:
 Girokonto (seit über 100 Jahren) ✓
 Kontowechselservice ✓
 BankCard ec ✓
 OnlineDepot ✓
 + Startplan mit **10 p. a.***

*Startplan für Giro-Neukunden oder Werber neuer Girokunden, mtl. Sparrate von 50,- bis 250,- €, 12 Monate Laufzeit

**Konto zum Nulltarif?
 Mein Giro kann mehr!**



**Clever-Banking mit der Sparda-Bank.
 Unverwechselbar. Jetzt wechseln!**
www.sparda-hessen.de



Sparda-Bank Hessen eG ■ Osloer Straße 2 · 60327 Frankfurt am Main
 ■ Weitere Filialen in Ihrer Nähe erfahren Sie im Internet und unter Fon 0 18 02 / 500 905
 (6 Cent/Anruf aus d. dt. Festnetz, abweichender Mobilfunktarif).

Gut beraten. Aus nächster Nähe. Bei Ihrer **SV Geschäftsstelle.**



Ihr Partner für Sicherheit und Vorsorge in allen Lebenslagen.

Sie finden uns in nahezu jeder Gemeinde in unseren
SV Geschäftsstellen und bei unseren Partnern in allen Sparkassen.

Was auch passiert: *Sie haben ja uns!*

SV Sparkassen
Versicherung



**100 Millionen Getriebe aus Kassel.
Danke an alle für diese galaktische Leistung.**



Das Auto.

Mit allen 100 Millionen im Werk Kassel gefertigten Getrieben könnte man, aneinandergereiht, einen Kreis mit einem Umfang von rund 50.000 Kilometer bilden. Der mittlere Erdfumfang beträgt etwa 40.000 Kilometer. Rein rechnerisch würde der „Getriebe-Ring“ die Erde in 1580 Kilometern Höhe umkreisen.



Arbeitsplätze für unsere Zukunft: Wir bauen die E-Traktion.
Ein Meilenstein für unseren Standort und die Region.



Das Auto.